

Einwohnerrat

Sitzungsprotokoll vom 5. Mai 2022

Vorsitz:	Remo Keller, Einwohnerratspräsident
Anwesend:	36 Mitglieder des Einwohnerrats 5 Mitglieder des Stadtrats
Später eintreffend:	Filomena Hostettler
Entschuldigt:	Martin Killias Anja Kroll Julia Mosimann
Protokollführung:	Christoph Hofstetter, Stadtschreiber
Zeit:	19.30 Uhr bis 23.15 Uhr
Ort:	Weiterbildungszentrum Lenzburg

Traktanden

1. Mitteilungen
2. Information des Stadtrats zum Legislaturziel "Umwelt und Klima"
3. Bahnhof Lenzburg; Finanzierungsvereinbarung 2. Personenunterführung; pauschaler Beitrag, Stadt Lenzburg
4. Postulat CVP (Die Mitte) und GLP; Aufwertung Bahnhof; Bericht des Stadtrats
5. Postulat CVP (Die Mitte) und GLP; Machbarkeitserklärung für eine bediente Velostation am Bahnhof; Bericht des Stadtrats
6. Dammweg; Ausbau mit Asphaltbelag; ergänzte Vorlage; Verpflichtungskredit
7. Festlegung der Sitzungsgelder für die Amtsperiode 2022/ 2025
8. Postulat SP, Grüne, GLP, EVP und Die Mitte; Massnahmen zur Reduktion bis hin zum Verbot von Einwegprodukten aus Plastik bei Beschaffungen in der Verwaltung und bei städtischen und von der Stadt zu bewilligenden Veranstaltungen; Bericht des Stadtrats
9. Motion CVP (Die Mitte) Grüne, EVP, SP, FDP, GLP; Verzicht auf Bodenversiegelung; Bericht des Stadtrats
10. Postulat GLP; Lenzburg CO₂ neutral bis 2030, Überweisung
11. Postulat FDP, SVP, EVP, Die Mitte; Prüfung zielführende Massnahmen zur Lenzburger Klimaneutralität; Überweisung
12. Postulat Grüne, GLP, SP, Klimagruppe Lenzburg; Strategie zur Verhinderung des Klimanotstands; Überweisung
13. Anfrage der SVP; Entschädigungen aus Tätigkeiten im Zusammenhang mit dem Stadtratsamt; Beantwortung
14. Anfrage der FDP; Raumkapazität Oberstufenzentrum Lenzhard; Beantwortung
15. Umfrage

Verhandlungen:

Einwohnerratspräsident Remo Keller: Geschätzte Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, geschätzte Stadträtinnen und Stadträte. Ich begrüsse euch heute in aller Kürze, dafür umso herzlicher zu einer mit vielen, auch vielfältigen Traktanden befrachteter Sitzung im Panoramasaal vom Weiterbildungszentrum. Schön, dass Ihr alle den Weg hierher gefunden habt. Ich freue mich auf eine spannende und faire Debatte zu den verschiedenen Traktanden.

Ebenfalls begrüssen möchte ich die anwesenden Vertreterinnen und Vertreter von der Presse. Für den Lenzburger Bezirksanzeiger schreibt heute, wie immer, Fritz Thut. Von der Aargauer Zeitung ist Valérie Jost und Eva Wanner mit der Verstärkung von Soraya Sägesser anwesend. Fürs Regionaljournal ist heute Fabienne Tanoa hier im Saal. Zur Unterstützung, an meiner linken Seite, ist Christoph Hofstetter, welcher Beatrice Räber vertritt, welche heute leider nicht teilnehmen kann. Ein ganz herzlicher Dank auch an Marcel Wattinger als Ratsweibel, welcher auch in ungewohnter Umgebung den Ratssaal wie immer sauber und einwandfrei eingerichtet hat.

Die Traktandenliste und die weiteren Unterlagen sind Ihnen rechtzeitig zugestellt worden. Ich stelle fest, dass der Rat beschlussfähig ist. Die Sitzung ist eröffnet.

Ein kleiner Hinweis vorab zur Traktandenliste. Die Information vom Stadtrat unter dem Traktandum 2 hat Einfluss auf die Traktanden 10 – 12. Folglich ist angedacht, dass wir nach dem Traktandum 9 eine kurze Pause einschalten. Das gibt den Fraktionen allenfalls die Möglichkeit, sich nochmals kurz zu beraten, nachdem wir gehört haben, was der Stadtrat zu sagen hat. Ferner hat mich der Stadtrat gebeten, dass er noch Informationen zum Jugendfest anbringen darf. Diese würden wir den Informationen zu den Klimazielen noch vorziehen.

1 Mitteilungen

1. Protokolle

Die Protokolle vom 13. Januar 2022 und vom 10. März 2022 wurden verschickt.

2. Rechtskraft von Beschlüssen

Die Beschlüsse der Einwohnerratssitzung vom 10. März 2022, welche dem Referendum unterlagen, sind am 19. April 2022 in Rechtskraft erwachsen.

3. Neueingänge

Wir haben ein dringliches Postulat von der FDP, GLP, EVP, Die Mitte und SVP bezüglich der Prüfung von zielführenden Massnahmen zur Lenzburger Klimaneutralität. Mit diesem, als dringlich eingereichtem und begründetem Postulat, wird sowohl das Postulat der GLP "Lenzburg CO₂-neutral bis ins Jahr 2030", welches heute unter dem Traktandum 10 traktandiert ist, sowie das Postulat von der FDP, SVP, EVP, und Die Mitte "Prüfung zielführender Massnahmen zur Lenzburger Klimaneutralität", also das heutige Traktandum 11, zurückgezogen. Aufgrund des Dringlichkeitsbegehrens werden wir anstelle der beiden zurückgezogenen Postulate über das neue Postulat debattieren und entscheiden, ob dies als dringlich erklärt wird. Wenn dies der Fall ist, in einem zweiten Schritt abstimmen, ob es zu einer Überweisung kommt.

Bevor wir zum offiziellen Traktandum 2 der Traktandenliste kommen, möchten wir mit einer Information vom Stadtrat zum Thema Jugendfest starten.

Ebenfalls eingetroffen ist eine Anfrage von der SP-Fraktion bezüglich "Räume für Kulturelles und Gesellschaftliches in Lenzburg". Diese Anfrage wird euch nicht heute ausgeteilt, da wir begrenzte Kopier-Kapazitäten haben, dies wird aber nachgereicht.

4. Entschuldigungen

Folgende Personen mussten sich für heute entschuldigen: Martin Killias, Anja Kroll und Julia Mosimann. Filomena Hostettler wird sich verspäten, sie wird gegen 20:00 Uhr eintreffen.

5. Informationen zum Jugendfest

Sven Ammann (Stadtrat): Danke vielmal Remo. Wir haben heute die Medien schon vor der Sitzung informiert, daher möchten wir nun auch euch auf den neusten Stand bringen. Ich rede mit dem Hut "Kultur und Tradition". Kultur ist der Kitt, welcher unsere Bevölkerung verbindet. Ein "wir" ist immer stärker als ein "ich". In einer Welt, welche politisch unruhig ist brauchen wir Kraft und Vertrauen. Wir haben die Diskussionen wahrgenommen, welche in der Stadt gelaufen sind betreffend Freischaren und Jugendfest. Wir haben weiter vereinzelte Kommissionen zur Meinung befragt und sind gestern somit zum

Schluss gekommen – und haben entschieden – dass wir ein grosses Jugendfest möchten, inklusive Freischarenmanöver im Jahr 2022. Die gesellschaftlichen und generationen-übergreifenden Anlässe rund um das Freischarenmanöver ist uns sehr viel Wert. Dies möchten wir ermöglichen. Das Freischarenmanöver kann sich weiterentwickeln und auch Zeichen setzen, indem es stattfindet. Mit der Freischaren-Kommission sind Anpassungen geplant. Informationsanlässe für Schüler, wie auch für alle geflüchteten Personen, welche sich in Lenzburg aufhalten, sind angedacht. Das Ziel ist, zusammen mit den Freischaren und dem Stadtrat, Informationsanlässe durchzuführen, welche unsere Traditionen vorstellen. Traditionen dürfen angepasst werden: So kann ich mich erinnern, als ich als Bub mit dem Gewehr aufs Velo stieg und quer durch Lenzburg gefahren bin, um in der Mehrzweckhalle üben zu dürfen. Solche Bilder sind schon seit dem letzten Manöver nicht mehr alltäglich, beziehungsweise schon länger nicht mehr gesehen worden in Lenzburg. Die Freischaren-Kommission hat sich schon dazumal Gedanken gemacht und Anpassungen vorgenommen. Neu wird zum Beispiel sein, dass jetzt alle Kadetten vor der Übung das Gewehr fassen können und nach der Übung das Gewehr wieder abgeben. Ebenso auch nach der Kaderwahl wird der Umzug in die Stadt ohne Gewehr passieren. Das sind die kleinen Sachen, welche ich schon mal sagen darf. Es gibt noch viel mehr Anpassungen im ganzen Jugendfestprogramm. Wir tragen der Situation Rechnung. Wir freuen uns, mit der ganzen Bevölkerung von Lenzburg auf unsere Jugendfestwoche. Auf schöne Momente, auf Diskussionen, auf Traditionen und auf Begegnungen. So, dass wir nach 2 Jahren Corona wieder einmal ein normales Jugendfest feiern können. Wir brauchen diesen Kitt. Weil wir als Gesellschaft viele Probleme zusammen besser lösen können, als wenn jeder als Einzelkämpfer auftritt.

2 Legislaturziel Klima

Barbara Portmann (Stadträtin): Das Klima ist eine von den zentralen Herausforderungen unserer Zeit. Die Problematik ist nicht neu, aber unterdessen ist klar, dass wir die Herausforderung nur mit Anstrengungen auf allen Ebenen angehen können. Die Haltung „wir nicht, die anderen auch“, stellt keine gescheite Alternative dar. Dazu gehört auch die kommunale Ebene. Der Stadtrat anerkennt die Klimaproblematik als dringlich und hat darum ein entsprechendes Legislaturziel formuliert. Um es vorneweg zu nehmen. Der Stadtrat hat sich Ende März an seiner Klausur mit der Definition der Legislaturziele befasst. Es ist ihm dabei ein Anliegen, erreichbare, überprüfbare und zweckmässige Ziele zu formulieren. Für jedes wird eine Projektorganisation aufgezogen, welche auch ein regelmässiges Controlling beinhaltet. In der

kurzen Zeit war es daher nicht möglich, bereits Massnahmen zu definieren. Die erste Priorität hat eine zielführende Projektorganisation, damit dann mit Sorgfalt Partizipation, und unter Einbezug von wissenschaftlichen und gesetzlichen Rahmenbedingungen, einzelne Massnahmen definiert werden können.

Jetzt aber konkret:

Lenzburg punktet mit einer städtischen Strategie zu Klimawandel und -anpassung und leitet daraus einen Massnahmenkatalog ab.

Eine städtische Klimastrategie wird erarbeitet (ausgerichtet auf Pariser Klimaziele, IPCC Report).

NettoNull wird mittels Eruiierung von Handlungsfeldern sowie Prüfung und Umsetzung zielgerichteter Massnahmen bis 2040 angestrebt.

Klimaschutz: Der Stadtrat unterstützt die Ziele des Bundes, um die Treibhausgasemissionen auf NettoNull zu senken. Er will geeignete Massnahmen im Kompetenz- und Verantwortungsbereich der Gemeinde zur Reduktion von Treibhausgasemissionen umsetzen, den Zeithorizont für die Erreichung auf 2040 ausrichten und die Chance für Innovationen nutzen.

Klimaanpassung: Der Stadtrat unterstützt die Ziele des Bundes in Bezug auf die Anpassung an den Klimawandel. Er will geeignete Massnahmen im Kompetenz- und Verantwortungsbereich der Gemeinde zur Anpassung an den Klimawandel umsetzen.

1. Eine städtische Klimastrategie liegt vor: Die Strategie soll sich auf die in kommunaler Kompetenz liegenden Möglichkeiten fokussieren.
2. Ableitung von Handlungsfeldern und daraus abgeleitete Massnahmen:
 - Anstreben Label Energiestadt Gold
 - Verabschiedung Energieleitbild
 - Entwicklungsplanung und Raumordnung
 - Kommunale Gebäude und Anlagen (→ Anmerkung: in Abstimmung mit Immobilienstrategie)
 - Versorgung und Entsorgung (Energie)
 - Mobilität
 - Interne Organisation, Städtische Verwaltung (Beschaffungswesen, Dienstleistungen)
 - Information, Kommunikation, Kooperation, Sensibilisierung
 - Massnahmen zur Reduktion von Hitzeinseln (Klimamassnahmen)
 - Prüfung von Kompensationsmassnahmen
 - Datengrundlagen, Messbarkeit
3. Einbezug der relevanten Akteure (Energiekommission, IG Klima Zukunft Lenzburg, SWL Energie AG, Energieberatung AARGAU, etc.)

4. Die Eigentümerstrategie der SWL ist erneuert und basiert auf den Klimazielen der Stadt. Die Strategie hinsichtlich Zukunft des Gasnetzes liegt vor.
5. Umsetzung der Massnahmen
6. Stärkung der Biodiversität
7. Controlling und Reporting verankern

Zur zeitlichen Umsetzung hat sich der Stadtrat das so vorgestellt, dass im ersten Halbjahr 2023 die Strategie verabschiedet werden kann und im zweiten Halbjahr 2023 der Massnahmeplan inklusiv entsprechender Budgetanträge dem Einwohnerrat unterbreitet werden kann. So, dass ab 2024 die zusätzlichen Massnahmen umgesetzt werden können. Verantwortlich soll die Person sein, welche für die Energiestadt angestellt wird. Der Stadtrat plant, die aktuell bestehende Vakanz mit einem höheren Pensum als heute auszuschreiben und das Anforderungsprofil auf die nicht ganz einfache Aufgabe auszurichten. Im Rahmen von den heute bestehenden 20 Stellenprozenten ist der Fahrplan, aufgrund von der nicht ganz simplen Aufgabe, nicht einzuhalten.

Zum Postulat: Wie erwähnt, hat sich der Stadtrat das Ziel NettoNull 2040 gegeben. Die erste Priorität haben dann auch Massnahmen, welche die stadteigene Verantwortlichkeit betreffen. In dem Bereich strebt der Stadtrat NettoNull bis im Jahr 2030 an. Eine enge Abstimmung mit der Immobilienstrategie ist dabei zentral. Der Stadtrat bedankt sich herzlich, sowohl bei der IG Klimazukunft Lenzburg wie auch bei allen Fraktionen, welche sich schon sehr viele Gedanken gemacht haben, wie man in ihren Vorstössen sieht. Sie haben eine sehr wertvolle Vorarbeit geleistet, um das grosse, gesamtgesellschaftliche Ziel zu erreichen. Der Stadtrat möchte durch den sehr engen Austausch mit ihnen und den relevanten Stakeholder, wie der einbezogenen Kommissionen am Ende von der Legislatur, auf einen erfolgreich umgesetzten Massnahmen-Katalog zurückblicken können. In dem Sinn bitten wir Sie, das Legislaturziel wie vorgestellt wohlwollend zur Kenntnis zu nehmen und die Vorstösse zu überweisen, welche mithelfen, das Ziel politisch zu legitimieren. Es liegt an Ihnen, zu entscheiden, welche das sein sollen und bei welchen sich ein Rückzug als zielführender erweisen könnte.

3 Bahnhof Lenzburg; Finanzierungsvereinbarung 2. Personenunterführung; pauschaler Beitrag Stadt Lenzburg

Sprecherin der GPFK ist Corin Ballhaus (SVP): "Wenn jemand eine Reise tut, so kann er etwas erzählen" heisst es. Mit dem heutigen Abend schreiben wir ein weiteres Kapitel dieser unendlichen Bahnhofsgeschichte, welche vor bald einem Vierteljahrhundert angefangen hat. Wir beraten und stimmen über einen Pauschalbetrag der Stadt Lenzburg von 2 Mio. Franken an die geschätzten Mehrkosten von knapp 9 Mio. für eine zweite Personenunterführung am Bahnhof ab. Der Vorlage können wir entnehmen, dass die SBB für den Umbau von den Publikumsanlagen ursprünglich nur eine zentrale Personenunterführung vorgesehen hat. Ausserdem können wir in der Vorlage nachlesen, und dies ist am Informationsabend auch ganz deutlich zum Ausdruck gebracht worden, dass uns die Konzentration von sämtlichen Verkehrsströmen auf einen Punkt, vor unlösbare Probleme stellen würde. Bezogen auf die Verteilung der Verkehrsströme auf dem Bahnhofplatz. Natürlich kann man sich jetzt die Frage stellen, ob uns die SBB Lenzburg mit diesem Problem einfach so allein lassen darf, oder, ob sie nicht auch eine Verantwortung trägt. Die SBB geht davon aus, dass die Zahl der Ein- und Aussteigenden an heutigen Werktagen von 27'000 auf 40'000 Personen steigen wird. Darum wird das Peron erhöht, verbreitert und auf 320 Meter verlängert. Oder, ob sie nicht von sich aus zwei Personenunterführungen hätten planen müssen, um diese Personenströme zu entflechten und besser verteilen zu können. Dazu muss man sich vor Augen führen, dass die SBB bei diesem Ausbauprojekt nur Ausführende Instanz ist. Hinter diesem Projekt steht das Bundesamt für Verkehr, welches gleichzeitig Auftraggeber, Geldgeber und Kontrollbehörde ist. Und so hat das Bundesamt für Verkehr der SBB auferlegt, dieses Ausbauprojekt möglichst kostengünstig auszuführen. Daher wurde die Lösung mit zwei Personenunterführungen verworfen. Im Gegensatz zu anderen Bahnhofstädten gehört der Bahnhofplatz nicht der SBB, sondern der Einwohnergemeinde. Was soll sich also die SBB kümmern, wenn wir ein Problem haben mit nur einer Bahnhofunterführung. Dass wir heute Abend trotzdem über diesen Pauschalbeitrag der Stadt für die Mehrkosten einer zweiten Personenunterführung abstimmen, haben wir der Hartnäckigkeit unserer Stadtvertreter zu verdanken. Diese haben sich beim Bundesamt Verkehr mit Nachdruck eingesetzt, sodass die SBB nun mit zwei Personenunterführungen plant. Der Vorlage können wir auch entnehmen, dass wir die geschätzten Mehrkosten von 9 Mio. Franken, welche sich durch die Realisierung dieser zweiten Unterführung ergeben, nicht allein tragen müssen. Der Bund würde die Zusatzkosten übernehmen, wenn sich der Kanton verpflichtet, sich mit pauschal 4 Mio. Franken daran zu beteiligen. Der Kanton macht seine Beitragsleistung von der hälftigen Mitfinanzierung der Stadt abhängig. Das sich der Dichtestress mit zwei Unterführungen auf dem Bahnhofplatz reduzieren lässt, dürfte unbestritten sein. Trotzdem kann man sich fragen, wer nun genau die grössten Vorteile aus einer Realisierung einer zweiten Unterführung hat. Wie stark sind es diejenigen, welche auf dem Stadtgebiet wohnen, berufstätig oder zu Besuch sind. Wie stark für diejenigen,

welche auf dem Bahnhof einfach von einem Zug in den anderen steigen oder wie stark sind es diejenigen, welche vom Einzugsgebiet individuell oder öffentlich, an- oder zurückreisen. Auch wenn wir diese Zahlen nicht kennen, Tatsache ist, dass nicht nur die Lenzburgerinnen und Lenzburger profitieren. Tatsache ist aber auch, dass wir die einzige Einwohnergemeinde sind, welche aus der eigenen Kasse einen direkten Betrag leisten soll. Tatsache ist gleichzeitig, dass keine gesetzliche Grundlage besteht, welche uns ermöglicht, die weiteren Gemeinden, welche davon profitieren, zu einem Beitrag zu verpflichten. Tatsache ist ebenso, dass auch die zweite Unterführung Eigentum der SBB sein wird, weil sie zur Publikumsanlage gehört. Vergessen wir aber nicht, dass im Zusammenhang mit diesem Projekt noch einige Kosten mehr auf uns zukommen werden. Im Aufgaben- und Finanzplan sind bis jetzt knapp 13 Mio. Franken für die Gestaltung vom Bushof und Bahnhofplatz eingestellt. Und dies ist ohne die 2 Mio. Franken, über die wir heute abstimmen. Ob dann die Gesamtkosten für dieses Zukunftsprojekt nicht noch höher ausfallen, wird sich zeigen, wenn der Stadtrat nach Abschluss der Testplanung mit der Projektierung beginnt. Darum geht unser Appell an den Stadtrat, sich mit der gleichen Vehemenz, wie er sich für die zweite Personenunterführung eingesetzt hat, bei den Gemeinden, welche von diesem Zukunftsprojekt Bahnhof profitieren, für eine finanzielle Beteiligung stark macht. Und dies nicht nur bei den angrenzenden Gemeinden, sondern bei allen im Einzugsgebiet. Was die GPFK, aber sicher auch der ganze Einwohnerrat und die Bevölkerung schätzen wird ist, wenn die Projektwebsite in kürzeren Zeitabständen aktualisiert werden könnte und mindestens mit der Projektwebsite der SBB schritthalten könnte, welche deutlich mehr Informationen hergibt und auch aktueller ist. Ausserdem soll auch der verwitterte und überholte Aushang zum Zukunftsprojekt am Bahnhofplatz erneuert werden. Was der jetzt vorliegende Pauschalbeitrag von 2 Mio. Franken für die zweite Personenunterführung anbelangt empfiehlt die GPFK dem Einwohnerrat einstimmig die Annahme der stadträtlichen Vorlage.

Iris Bachmann (Die Mitte): Wir konnten eine umfassende Information des Bahnhofneubaus geniessen, dank derer nun noch besser ersichtlich ist, wie sich die Neugestaltung präsentiert. Genauso wertvoll war die anschliessende Fragerunde. Ein Bahnhof ist nicht nur einfach eine Haltestelle, es ist auch eine Visitenkarte. Unsere Stadt ist stolz auf das Schloss und die Altstadt, dementsprechend sollte auch unser Bahnhof optimal und durchdacht gestaltet sein. Es ist der erste Ort, den Reisende antreffen, wenn sie nach Lenzburg kommen. Insofern soll man sich hier willkommen fühlen. Lenzburg und die angrenzenden Gemeinden werden immer attraktiver, da der Wohnraum hier noch bezahlbar und die Verbindungen vor allem nach Zürich optimal sind. Die letzten Jahre ist Lenzburg mit Staufeln in Richtung Westen stark gewachsen. Sollte es in Lenzburg eine Kantonsschule geben, wird es zusätzlich zu vermehrtem Publikumsverkehr kommen. Ebenso ist zu berücksichtigen, wie sich die Preise bei Benzin und Strom entwickeln werden. Aktuell frequentieren 25'000 Personen den Bahnhof. Man rechnet, dass künftig bis zu 40'000 Personen den

Bahnhof Lenzburg passieren werden. Geplant ist bis jetzt eine einzige Unterführung mit 16 Meter Breite. Die Unterführung in Aarau, zum Vergleich, ist 8 Meter. Wenn ein Zug ankommt, spült es sämtliche Passagiere durch diesen einen Durchgang, inklusive Rampe und Treppe. Eine zweite Personenunterführung würde die Personenströme besser kanalisieren. Zudem führt diese Unterführung zum neuen Busbahnhof, welcher ebenfalls Richtung Westen platziert wird. Zusätzlich sind bei der zweiten Unterführung Veloabstellplätze geplant. Ideal für die Anwohner aus dem Westquartier. Anstelle einer einzigen Unterführung mit 16 Meter Breite würde die Hauptunterführung Richtung Ost und Stadt 11 Meter breit, die Unterführung Richtung West wird 7 Meter breit. Die Zusatzkosten von 8 Mio. Franken teilen sich wie folgt: 4 Mio. Franken übernimmt die SBB. Die anderen 4 Mio. Franken werden zwischen Stadt und Kanton aufgeteilt. Die Mitte-Partei stimmt diesem Projekt zu.

Annette Sikyr (SP): Dichtestress. Den Dichtestress bekommt, wer am frühen Morgen oder am Abend um fünf Uhr in Lenzburg am Bahnhof durch die Bahnhofsunterführung muss. Der Bau einer zweiten Unterführung macht völlig Sinn. Nur so kann man die Zugspassagiere über zwei Gleise durch den Bahnhof führen, und nur so konzentriert sich nicht alles auf eine Unterführung. Mit dieser zweiten Unterführung können die Leute vom Westen direkt und schnell aufs Peron laufen. Ebenso diejenigen, welche vom Bus kommen, sind so schneller beim Gleis. Wir wissen noch nicht, ob der Bahnhof in Zukunft von mehr Personen benutzt wird, man weiss noch nicht, was beim Artoz-Areal geplant ist, und auch in Staufen und Niederlenz wird mit unseren Vorsorgegeldern frisch fröhlich weitergebaut. Wir sind also gut beraten, dass wir heute diese 2 Mio. Franken in die Hand nehmen und das Geld für eine zweite Unterführung ausgeben. Wir haben jetzt die Möglichkeit von einer zweiten Unterführung und wenn wir die Chance nicht wahrnehmen, dann ist diese für den Moment vorbei. Es wäre natürlich schön, wenn sich die Nachbargemeinden an diesen Kosten beteiligen würden. Wir können unsere Finanzierung aber nicht davon abhängig machen. Daniel Mosimann hat an der Infoveranstaltung den guten, alten Wegzoll erwähnt. Aber solange wir keinen solchen Wegzoll haben, bleibt nichts anderes, als mit Gesprächen die Nachbargemeinden davon zu überzeugen, dass es gut wäre, wenn sie sich beteiligen würden. Wir haben grosses Vertrauen in den Stadtrat, dass sie es schaffen die Gemeinden für eine Beteiligung zu überzeugen. Uns von der SP-Fraktion ist ein gut ausgebauter, öffentlicher Verkehr und ein gut zugänglicher öffentlicher Verkehr wichtig. Wir sind überzeugt, dass diese 2 Mio. Franken gut investiertes Geld ist und wir stimmen deshalb für diesen Verpflichtungskredit.

Philippe Minnig (FDP): Bei uns hat die Vorlage nicht zu vielen Diskussionen bezüglich Klarheit und Deutlichkeit geführt. Es ist eine sehr gute Vorlage, das darf man auch mal sagen. Danke vielmal. Auch die Infoveranstaltung war nicht nur gut besucht, sondern auch gut geführt. Insbesondere auch die anwesenden Experten, denen man jede Frage stellen konnte. In unserer Fraktion ist der

Handlungsbedarf nicht bestritten, es ist ein typisches JA oder JA-Geschäft, wir müssen das unbedingt haben. Auch wenn wir den Aarauern gerne vorgehalten hätten, dass wir eine doppelt so breite Unterführung haben wie sie. In der Ziffer römisch 4, arabisch 3 steht, dass man am 15. Juni 2018 bereits die erste Absichtserklärung abgegeben hat, dass man dies so möchte, was auch richtig ist. Ich bin hier ein wenig deutlicher als mein Vorredner. Für uns ist klar, dass diese Verhandlungen geführt werden müssen. Ich habe als ehemaliger Seenger diesen Bus immer wieder genommen und dieser war immer voll, mit Leuten aus dem Seetal. Für einmal sind es nicht die Staufener, welche in Pflicht genommen werden müssen, denn der Bus ist so voll, dass diese in der Regel das Velo nehmen. Ich schlage vor, dass man dies als Auftrag sieht, dass sich der Stadtrat hier hineinkniet und man schaut, dass die Nachbarn ihren Anteil leisten. Man sieht es relativ gut auf dem Bild, dass der Busbahnhof so konzipiert ist, dass man bequem aussteigen kann und so auf die Gleise kommt. Das nützt allen und so darf man auch erwarten, dass der Check aus den umliegenden Gemeinden den Wert widerspiegeln. Geschätzter Stadtrat, danke vielmals für die zukünftigen Bemühungen. Die Freisinnigen stimmen für diesen Verpflichtungskredit.

Adrian Höhn (GLP): Endlich geht es los. Nach Jahren der Planung, zig-Varianten, welche man verworfen hat, hat man nun endlich eine Planung für den Bahnhof. Eine Planung, welche unserer Stadt auch einen Spielraum lässt für den zukünftigen Busbahnhof, so dass man dort eine attraktive Lösung findet. Und zwar nicht nur mit einer Personenunterführung, welche einfach ein Nadelöhr gewesen wäre und man schon jetzt genau weiss, dass das so nicht aufgeht. Und das kann in Zukunft nicht besser werden, wenn wir noch mehr Leute haben. Wir hoffen, dass zukünftig der Stau in der Unterführung, welchen wir heute immer wieder erleben, der Vergangenheit angehört. Die Lösung kostet uns 2 Mio. Franken, was nicht wenig ist. Aber wenn man den Gewinn bei der Umsteige- und Verkehrsqualität betrachtet, welche sich für die nächsten 2 Generationen ergibt, dann ist es dieses Investment wert. Damit wir die umliegenden Gemeinden zur Kasse bitten können, dafür fehlen uns die rechtlichen Grundlagen. Der Kanton beteiligt sich, so können wir jetzt nicht die hohle Hand bei den anderen Gemeinden machen. Wir sind aber davon überzeugt, dass wir bei den Folgegeschäften, beim Busbahnhof und den bedienten Velostationen, eine Handhabung finden werden, damit wir mit den Gemeinden ins Gespräch kommen und es nicht allein tragen müssen. Die gute Informationsveranstaltung war eine gelungene Sache. Es ist wichtig, dass man über das Bauwerk, welches eine solche Tragweite hat, regelmässig und oft informiert, wenn es relevante Fakten und Fortschritte gibt. So sind, es wurde bereits angesprochen, die Informationstafeln doch ab und zu, zu aktualisieren. Es freut uns, dass die beiden Forderungen aus den nachfolgenden zwei Traktanden, so weit wie möglich, in der Bahnhofplanung schon integriert werden konnten. Wir haben nun eine Lösung mit zwei Unterführungen und das war schon immer das Grundproblem. Denn nur eine Unterführung hat zu wenig Kapazität und ist ein Nadelöhr. Mit den Velostationen, einem weiteren Anliegen,

versuchen wir die Leute aus der näheren Umgebung mit dem Velo an den Bahnhof zu bringen. Das bringt auch eine Entlastung von unserem Stadtverkehr, was ebenso wichtig ist. Die GLP wird dem Antrag geschlossen zustimmen.

Michael Häusermann (SVP): Corin Ballhaus hat als Geschäftsprüfungs- und Finanzmitglied bereits erwähnt, dass wir uns schon lange mit dem Bahnhof befassen. Ich war schon im Jahre 2009 dabei, als wir die Projektierung gesprochen hatten, und ich bin sicher, dass es noch 12 weitere Jahre gehen wird, wo wir uns in irgendeiner Art und Weise mit dem Bahnhof auseinandersetzen müssen. Ein Bahnhof ist etwas Wichtiges in der Schweiz, ist es doch ein Ein- und Aussteigort auf Reisen oder ganz einfach ein Treffpunkt von Menschen. Das ist in Lenzburg nicht anders und unser Bahnhof ist, wie wir es aus der Vorlage entnehmen können, sehr stark frequentiert. Auch die SVP-Fraktion bedankt sich beim Stadtrat für die Informationsveranstaltung vom 25. April, wo wir teilnehmen konnten. Diese war aus unserer Sicht sehr informativ, vor allem auch, weil es nicht nur um die Finanzierung ging, sondern dass wir über den Gesamtstand aufdatiert wurden. Man hat gesehen, was bei diesem Bahnhof noch alles dazugehört und letztendlich eine komplexe Sache ist. Wir danken dem Stadtrat speziell, dass wir den neuen Leiter Abt. Stadtplanung & Hochbau kennen lernen konnten. Sodass alle, welche ihn noch nicht gekannt haben, der Name Savioni nicht mehr nur ein Name auf einem Blatt Papier ist, sondern der Name Savioni ein Gesicht hat. Wenn wir sehen, wie stark der Bahnhof Lenzburg schon heute frequentiert ist, die Zahlen wurden bereits genannt, so macht ein Bau einer zweiten Unterführung auch für unsere Fraktion durchaus Sinn. Einer Entflechtung der Pendlerströme, mit einer zweiten Unterführung, wollen wir nicht im Wege stehen. Wenn man aber sieht, dass Lenzburg zurzeit ca. 11'000 Einwohner hat, den Bahnhof aber für 40'000 Personen auslegt und man rechnet so ist es klar, dass dieser Ausbau, und auch diese zweite Unterführung weiter westwärts hauptsächlich für die Leute aus der Region bestimmt ist und eben nicht für die Lenzburger. Für die Einwohnerinnen und Einwohner von Lenzburg brauchen wir keinen Ausbau, auch keine zweite Unterführung. Und wir trauen den Personen, welche westlich von der Hallwilstrasse wohnen zu, dass diese weiterhin bis zur heutigen Unterführung laufen können. In den letzten 50 Jahren hat es ja auch bestens funktioniert. Es ist also nicht für die Leute vom westlichen Teil, sondern vor allem für die Leute mit dem Bus, für die Leute also aus der Region. Gemäss der Vorlage betragen die Mehrkosten 8. Mio. Franken. Wir können dem Vorschlag des BAV zustimmen. Es ist schön, dass der Bund die Hälfte der Kosten übernimmt. Dass aber die andere Hälfte zwischen dem Kanton und der Stadt Lenzburg, und eben nicht zwischen dem Kanton und der Region aufgeteilt wird, was bedeutet, dass der Kanton nicht alles übernimmt, stört uns gewaltig. Denn nur mit der Übernahme der gesamten 4. Mio. Franken durch den Kanton wären die Benützer gleichmässiger beteiligt. Es wird also so kommen, dass diese zwei Mio. Franken am Steuerzahler von Lenzburg hängen bleiben. Wir wissen natürlich, dass der Stadtrat keine gesetzliche Handhabung hat. Aber wir meinen

einfach, dass in dieser Sache bei diesen Verhandlungen der Stadtrat nicht gut verhandelt hat. Wir vergeben dem Stadtrat, wobei ich präzisieren muss, es war der alte Stadtrat, also nicht die heutige Zusammensetzung, wir vergeben dem alten Stadtrat die Note ungenügend. Und es wurde ebenfalls schon erwähnt, wir sehen es in der Vorlage vom Jahr 2018, dass der Stadtrat die Absicht geäußert hat, diese zwei Mio. Franken zu übernehmen. Wir lesen keine einzige Zeile in dieser Vorlage, dass es zwischen dem Jahr 2018 und dem Jahr 2022 Verhandlungen gegeben hat und was für ein Resultat herausgekommen ist. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen es gab keine Verhandlungen. Und wir sind an einem Punkt, wo wir einer Vorlage zustimmen müssen, weil sonst Aarau nein sagt und dann das ganze bachab geht. Es ist einfach wieder ein Geschäft, welches ein "Chnorz" ist. Ich bin froh, dass wir nicht die Einzigen sind, welche dies so sehen. Ich bin mit Philippe Minnig 100 % einig. Wir fordern den Stadtrat ebenfalls auf, dass ab sofort mit den Nachbargemeinden Kontakt aufgenommen wird, um diese im Hinblick auf die Veloabstellplätze mit ins Boot zu holen und klar gemacht wird, dass Lenzburg nicht bereit ist über 1000 Veloabstellplätze zur Verfügung zu stellen. Natürlich sind wir schon bereit, aber sie sollen sich daran beteiligen, denn die Einwohner von Lenzburg brauchen nicht 1000 Veloabstellplätze. Wenn die anderen Gemeinden nicht bereit sind - und da muss man einfach genug hart sein - bauen wir auch nicht so viele Veloabstellplätze. Sie können dann die Velos beim Freihof parkieren und zu Fuss zum Bahnhof laufen. Fazit: die SVP-Fraktion wird grossmehrheitlich, aber widerwillig diesem Antrag zustimmen. Wir lassen den Gesamtüberblick nicht aus den Augen und werden einmal mehr dem ÖV unsere Zustimmung geben.

Christina Bachmann-Roth (Die Mitte): Ich möchte gerne den Stadtrat um eine Stellungnahme bitten, wie diese Verhandlungen verlaufen und ob allenfalls schon Schritte im Rahmen einer Umfrage geplant sind.

Daniel Mosimann (Stadtammann): Diese Verhandlungen sind nun mehrmals angesprochen worden. Es ist so, dass wir mehrmals in Bern beim BAV waren und dort Verhandlungen geführt haben. Im Verlauf der Verhandlungen hat man sich auf diese Kostenteilung – wie sie jetzt vorliegt – geeinigt. Das man diese Zusage gemacht hat, hat auch dazu beigetragen, dass man die Situation mit nur einer Personenunterführung entkrampfen konnte. Die Zusage, welche wir mit dem Kanton machten, hat allen eine Planungssicherheit gegeben. Für die SBB, den Kanton, aber auch für die Stadt. Aufgrund dieses Ergebnisses, welches nicht so einfach zu Stande kam, muss ich Michael Häusermann widersprechen. Wir waren mehrmals in Bern, wir hatten regen Schriftverkehr welche bis zum Bundesrat ging, bis wir schlussendlich mit der Direktion des BAV zu diesem Resultat kamen und dass überhaupt über eine zweite Unterführung nachgedacht wurde. Diese Planungssicherheit hat es gebraucht, damit wir die nächsten Schritte in dieser Testplanung aufgleisen konnten, welche wir am 25. April vorstellten. Es waren nicht Verhandlungen in der Kaffeepause mit dem BAV. Ohne diese Planungssicherheit mit einer zweiten Personenunterführung wäre es nicht möglich gewesen, diese Schritte in dieser

Tiefe so einzuleiten. Von diesem Moment an war klar, dass wir mit dieser Kostenteilung eine Planungssicherheit haben. So, dass wir mit dieser Testplanung, mit dem Synthesenplan und Bericht, wie er vorliegt, weiterfahren können und nicht immer irgendwelche Eventualplanungen machen müssen. Eine Kostenbeteiligung für die umliegenden Gemeinden an diesen 2 Mio. Franken, für diese zusätzliche Personenunterführung, also für die Mehrkosten, welche entstehen, steht hier nicht im Vordergrund. Im Vordergrund stehen Beteiligungen bei weiteren Elementen. Besonders denke ich da an Veloeinstellplätze, im Norden oder im Süden und bei den Parkieranlagen. Wir haben bereits im Vorfeld, dies wurde an der Informationsveranstaltung auch schon erwähnt, die funktionale Studie Verkehr gemacht, d.h. wie der Bahnhof funktionieren soll. Die Gemeinden Staufien und Niederlenz wurden eingeladen, damit sie auch Inputs geben können. In diesem Zusammenhang war die Mitfinanzierung ein Thema. Die Gemeinden haben sich bereit erklärt, eine Mitfinanzierung von weiteren Elementen eingehend zu prüfen. Und dort gilt, wie auch für den Stadtrat, wenn man JA sagt, soll das auch ein JA sein. Für den Stadtrat ist es ein ernsthaftes Anliegen, dass die angefangenen Verhandlungen weitergeführt werden. Aber wir brauchen, wenn man konkret verhandeln will, Kosten und Zahlen. Wir müssen wissen, was die Veloabstellplätze, die Parkieranlage und der Bushof kosten. So können wir ganz konkret in die Verhandlungen einsteigen. Es ist so, dass der Bahnhof Lenzburg vom Kanton als regionale Verkehrsdrehscheibe anerkannt ist. Wir wissen, dass das so ist und der Bahnhof hat tatsächlich diese Funktion für die ganze Region. Und darum müssen die Verhandlung ebenfalls mit der Region geführt werden und dort haben wir den Gemeindeverband Lebensraum Lenzburg- Seetal, welcher als Verhandlungsführer, als Vermittler eine Rolle spielen kann. Ich bin froh über einen Hinweis von Corin Ballhaus bezüglich der Webseite und den Plakaten. Wir nehmen es an die Hand und werden diese updaten.

Antrag

Der Einwohnerrat möge für die Realisierung der zweiten Personenunterführung beim Bahnhof Lenzburg einen Verpflichtungskredit von pauschal Fr. 2'000'000 (netto inkl. MwSt.) bewilligen.

Abstimmung

Dem Antrag wurde mit 35 JA zu 1 Gegenstimme zugestimmt.

Einwohnerratspräsident Remo Keller: Die heutige Traktandenliste ist thematisch sortiert, darum springen wir von einem Verpflichtungskredit zu 2 Postulaten, welche aber direkt mit dem Bahnhof zu tun haben. Das Traktandum 4, von Die

Mitte und der GLP bezüglich Aufwertung Bahnhof. Der Bericht vom Stadtrat liegt euch vor.

4 Postulat CVP (Die Mitte) und GLP; Aufwertung Bahnhof; Bericht des Stadtrats

Keine Wortmeldung.

Antrag:

Dem Einwohnerrat wird gestützt auf §29 Abs.3 der Gemeindeordnung beantragt, diesen Bericht gutzuheissen.

Abstimmung

Der Antrag wurde einstimmig angenommen

5 Postulat CVP (Die Mitte) und GLP; Machbarkeitserklärung für eine bediente Velostation am Bahnhof; Bericht des Stadtrats

Daniel Blaser (Die Mitte): Wir danken dem Stadtrat für die Koordination der Machbarkeitsstudie und für den vorliegenden, ausführlichen Bericht. Auch wenn es aus verschiedenen und verständlichen Gründen 10 Jahre gedauert hat, seit wir dieses Postulat eingereicht haben. Wir freuen uns jetzt aber umso mehr, dass es mit dem Bahnhof vorwärts geht, und dass wir Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte an der Informations-Veranstaltung einen ersten Blick auf die geplante Gestaltung und den möglichen Platz für die bediente Velostation werfen konnten. Es ist für uns sehr wichtig, dass eine bediente Velostation realisiert werden kann und entsprechende Betreiber gefunden werden. Das

Projektteam wird sicher mit potenziellen Betreibern eine gute Lösung ausarbeiten. Wir hoffen, dass der Stadtrat dranbleibt und uns auf dem Laufenden hält.

Antrag:

Dem Einwohnerrat wird gestützt auf §29 Abs.3 der Gemeindeordnung beantragt, diesen Bericht gutzuheissen

Abstimmung

Der Antrag wurde einstimmig angenommen

6 Dammweg; Ausbau mit Asphaltbelag; ergänzte Vorlage; Verpflichtungskredit

Sprecher der GPFK ist Thomas Schär (SP): Die Vorlage liegt euch vor, ihr habt diese studiert und gemerkt, dass es wenig mehr als ein Jahr her ist, seit wir uns mit diesem Thema auseinandersetzen durften. Es hat sich nicht viel verändert. Vor einem Jahr ist das Projekt knapp abgelehnt worden, mit 2 – 3 Stimmen Unterschied. Dass die Sanierung vom Dammweg bereits wieder vorgebracht wird, hat auch in der GPFK zu Stirnrunzeln geführt. Es ist sicher nicht die ganz feine Art, dass ein abgelehntes Projekt nach so kurzer Zeit wieder in den Rat kommt. Andererseits, das steht in der Vorlage und ist auch in der GPFK-Sitzung nochmals betont worden, ist im Juni 2021 von der Pro Velo eine Petition mit über 300 Unterschriften eingereicht worden, welche darum gebeten hat, nochmals auf den Entscheid zurückzukommen. Darum ist es sicher angebracht, dass wir darüber nochmals diskutieren, wie wir mit dem Dammweg umgehen und ob der Belag saniert und ausgebaut werden soll. Die Forderung der Petition ist klar und steht in den Unterlagen, die Punkte sind dort aufgelistet. Der Dammweg soll ganzjährig benutzt und gut unterhalten werden können. In der Vorlage wird aber auch darauf hingewiesen, dass es ein wichtiger Verbindungsweg für die Fussgängerinnen und Fussgänger ist, welche Richtung Aabach Nord unterwegs sind. Ein Gebiet, welches in der BNO als Entwicklungsschwerpunkt aufgeführt ist. In einem Gebiet also, wo immer mehr Arbeitsplätze zu erwarten sind. Wie erwähnt, es ist nicht die ganz feine Art, dass dieses Anliegen wieder da ist, andererseits ist es eine wichtige Langsam-Verkehrsverbindung, was in der GPFK nicht bestritten war. Dieser Ausbau, es ist im Dokument erwähnt, ist auch im KGV als konkrete Massnahme erwähnt. Der

KGV ist ein behördenverbindliches und verwaltungsanweisendes, strategisches Führungsinstrument. Hat also ein gewisses Gewicht. Es lohnt sich den KGV einmal im Detail zu lesen und zu studieren. Die erneute Diskussion macht also auch aus dieser Sicht Sinn. In der GPFK wurde aber vor allem diskutiert wie es sicherheitsmässig auf dem Dammweg aussieht. Die Skizze dazu ist bei den Unterlagen ebenfalls dabei und zeigt, dass es einen Teil hat, welcher relativ schmal ist. Mit dem neuen Belag, welcher eingebaut werden soll, wird die Benutzung komfortabler, was dazu führen kann, dass die Nutzung gesteigert wird, dass also mehr Leute dort unterwegs sind. Zu Fuss oder mit dem Velo. Es kann auch dazu führen, dass man dann mit mehr Tempo unterwegs ist und dass es natürlich zu Friktionen kommt zwischen den verschiedenen Nutzergruppen. Wünschenswert wäre daher von der GPFK, dass der Dammweg verbreitert werden könnte, was aber momentan nicht möglich ist, sondern erst in einem nächsten Schritt, wenn auch der Umbau vom Werkhof angegangen wird. Da wurde uns aber versichert, dass eine nachträgliche Verbreiterung kein Problem ist. Es ist so geplant, aber wir müssen den Finger darauf halten, dass es sicher auch passiert. In der GPFK waren wir uns schlussendlich einig, dass eine Sanierung Sinn macht und unterstützt werden sollte. Allerdings muss ich auch erwähnen, dass es 4 befürwortende Stimmen gibt, 2 Gegenstimmen und 1 Enthaltung. Es ist also eine mehrheitliche aber nicht eine totale Unterstützung. Die GPFK empfiehlt euch somit diese Vorlage anzunehmen, den Verpflichtungskredit zu sprechen und der Sanierung vom Dammweg zuzustimmen. Die vorgeschlagene Asphaltierung, welche als Variante aufgezeigt wurde, macht Sinn und überzeugt am meisten. Ein kleiner Unterschied hat es gegenüber dem Projekt vor einem Jahr: Es werden jetzt noch 5 Bäume gepflanzt, was ein schönes Zeichen ist. Persönlich bin ich gespannt, wenn hier jetzt 5 Bäume gepflanzt werden, wie es dann allenfalls mit der Verlängerung der Ringstrasse Nord aussieht. Wenn man das proportional hochrechnet, muss das dann schon ein ziemlicher Wald sein.

Michael Häusermann (SVP): Ich bin froh, dass ich vorher kommen darf, weil ich davon ausgehe, dass es bei der Versiegelung oder Nichtversiegelung noch Diskussionen geben wird. Ich habe hier einen anderen Punkt, welcher ich mit einem Antrag verbinde. Ihr dürft mich hier nicht falsch verstehen. Ich rede hier als Freund des Baumes, und nicht als Feind. Ich habe ein Anliegen mit den Bäumen. Wenn wir zurückblicken, für diejenigen welche das letzte Jahr schon im Einwohnerrat waren. Es wurde über die Versiegelung oder Nichtversiegelung und über die Wärme diskutiert. Es war aber kein Thema und niemand hat gefordert, dass man dort Bäume setzen soll. Jetzt ist die Vorlage wieder da, der Vorredner hat es erwähnt, jetzt sind da plötzlich 5 Bäume. Es kommt mir so vor, als ob jemand in der Stadt, in der Verwaltung, ein schlechtes Gewissen hatte und so sind jetzt noch 5 Bäume aufgetaucht. Aber bei aller Ernsthaftigkeit, wir haben einen kleinen Plan, wo diese 5 Bäume vorgesehen sind. Wir sehen, dass diese entlang der Werkhofstrasse und einer beim Aabach gepflanzt werden sollen. Ich kenne das Gebiet auch. Das Gebiet des Werkhofs von SBL und SWL, sowie das Sägeareal, das Areal bei der Finnova AG und das der

ehemaligen Hero Fleischwaren ist Entwicklungsgebiet von Lenzburg. Was dort in den nächsten Jahren baulich verändert wird ist noch nicht bekannt, da geht in Zukunft noch etwas. Ich habe stark das Gefühl, wenn wir die 5 Bäume, besonders aber die 4 Bäume an der Werkhofstrasse setzen, diese früher oder später, wenn gebaut wird im Wege stehen und wieder entfernt werden müssen. Und das ist schade. Wir haben ein Gefälle zwischen der Werkhofstrasse und dem Steinplatz. Diese kämen also in eine Böschung zu liegen. Wenn sie nun zum Beispiel im Sommer mit dem Velo schwitzend von Wildegg herkommend Richtung Lenzburg fahren und ihr denkt im Schatten dieser Bäume zu sein dann habt ihr falsch gedacht. Die Sonne wird so scheinen, dass das Steinlager im Schatten ist aber nicht diejenigen welche auf der Strasse sind. Ein Artikel in der AZ vom 29. April zeigt, dass meine Angst nicht unbegründet ist: "Haltestelle an der Aaraustrasse – 10 Bäume sollen weichen". Man sieht, sobald etwas geht, müssen die Bäume zuerst weichen. Es ist übrigens auch der Erweiterungsfond, welchen wir hier im März beschlossen haben, auch da werden Bäume gefällt. Da hat sich auch niemand eingesetzt für diese Bäume. Bei einzelnen tut es mir fast schon leid, denn ich war damals vor etwa 33 Jahren dabei, als diese Kastanien gesetzt wurden. Ob alle überleben, weiss ich nicht, wir haben alle diesem Bau zugesprochen. Es ist schade, wenn die Bäume weichen müssen. Darum habe ich einen Änderungsantrag und dieser lautet wie folgt:

"Auf das Pflanzen von 5 Bäumen entlang der Werkhofstrasse sowie am Ende des Dammwegs ist zu verzichten. Damit trotzdem eine "Kompensationsmassnahme" stattfinden kann ist für den Betrag von Fr.10'000.- im Widmi Park eine bereits etwas grössere Blutbuche zu pflanzen".

Als kleine Ergänzung dazu: Die Blutbuche (*Fagus sylvatica Purpurea*) ist eine besondere Art der heimischen Rotbuche. Die Rotbuche ist in der Stadt Basel als Baum des Jahres 2022 erkoren worden. Es ist also nicht einfach ein Gehölz. Die Rotbuche hat sich erfolgreich an das wärmere Stadtklima angepasst und sie eignet sich bestens für das Siedlungsgebiet. Wenn Sie jetzt gedanklich durch Lenzburg gehen, dann steht am Bleicherain eine schöne Blutbuche, beim Sternen und beim Freiämterplatz auf dem Land von Bertschinger's. Vielfach sind diese in Privatgärten. Was in Lenzburg fehlt sind sehr grosse, alte Bäume in öffentlichen Gebieten. Auf dem Lindenplatz hat es einen, aber das ist eher eine Ausnahme. Wenn ihr eine 50- bis 80-jährige Blutbuche seht, werdet ihr feststellen was für ein schöner Baum das ist. Ich möchte beliebt machen, dass wir einen schönen und grösseren Baum hier in Lenzburg setzen. Wenn am Dammweg etwas geht, kann man immer noch Bäume setzen. Es wäre ja auch eine Kompensationsmassnahme.

Marcel Strebel (FDP): Es macht es jetzt natürlich nicht einfacher, mit dem Änderungsantrag von Michael Häusermann. Wir haben uns, wie die anderen Fraktionen auch, nicht über diesen Änderungsantrag unterhalten. Ich glaube aber, dass ich hier spontan sein kann und auf den Änderungsantrag, welcher wir vorgängig bekommen haben, eingehen kann. Die FDP-Fraktion könnte dem Änderungsantrag zustimmen. Eine Sanierung beider Teile muss ebenfalls

gemacht werden. Der Einwohnerrat ist leider nicht unschuldig, dass am 11. März 2021 zum einen über den Dammweg-Ausbau befunden worden ist und zum anderen gleichzeitig die Versiegelungsmotion eingereicht wurde. Ich glaube auch, dass dies Einfluss hatte, so dass der Antrag knapp abgelehnt worden ist. Heute, wir haben es vom GPFK-Vertreter schon gehört, sieht die Situation etwas anders aus. Wir haben diese Pro Velo Petition und man weiss, dass man schon fast Nino Schurter sein muss, um im östlichen Teil vom Dammweg unterwegs zu sein. Wir wissen, wenn wir den westlichen Teil nicht sanieren, dass der Werkhof noch immer das gleiche Problem wie heute hat. Wir haben uns auch über die Bäume unterhalten, darum kann ich schon heute darauf eingehen. Wir haben uns zwar eine andere Frage gestellt. 10'000 Stutz, entschuldigt dass ich dies so formuliere, für 5 Bäume. Dies können keine jungen Sprösslinge mehr sein, dass hätte man wahrscheinlich günstiger machen können. Wenn ich jetzt aber Michael zuhören muss ich sagen, dass er uns damit total abgeholt hat. So glaube ich, dass wir von unserer Fraktion diesem Änderungsantrag mit gutem Gewissen zustimmen könnten. Unter den Voraussetzungen dieses Änderungsantrags, könnten wir auch dem Geschäft vom Stadtrat zustimmen, nämlich der Sanierung von beiden Teilen. Geht man dort durch, sieht man, dass es echt nötig ist. Ich habe 38 Jahre in Staufen gelebt, aber Staufen hat keinen solchen Schandfleck wie der Dammweg einer ist. Die Fraktion der FDP-Liberalen erachtet den Ausbau, so wie er jetzt dargelegt ist für nötig. Nicht unter Berücksichtigung von dem schon vorher eingereichten Änderungsantrag, aber unter Berücksichtigung vom Änderungsantrag der SVP.

Regula Züger (Grüne): Wir konnten es auch nicht absprechen. Wir haben es ja vorher auch nicht gewusst. Aber für einmal bin ich mit Michael Häusermann völlig einverstanden. Ich habe auch grosse Bedenken, dass wenn wir dort diese Bäume pflanzen, diese schnell wieder gefällt werden müssen. Darum finde ich die Variante mit dieser Blutbuche auch besser. Diese Bäume an einem anderen Ort zu pflanzen finde ich eine super Idee. Danke vielmals für den Vorschlag.

Chantal Toker (GLP): Wir konnten uns auch nicht absprechen, finde es aber eine tolle Idee mit einer grossen Blutbuche auf diesem Areal. Ich hätte es noch besser gefunden, wenn man den einzelnen Baum, welcher auf dem Aabach steht, im Änderungsantrag gelassen hätte. Denn es sind diese 4 Bäume im Werkhofareal, wo wir wissen, dass es in den nächsten paar Jahren Projekte gibt, wo diese dann wegfallen. Der Einzelne hätte man drin lassen können, es ist aber ein guter Antrag.

Fabian Würmli (SP): Es war nicht abgesprochen, aber ich begrüsse es trotzdem. Michael herzlichen Dank und das sage ich als Co-Präsident des Teegartens. Wir möchten schon lange eine schöne Beschattung haben, wo

man sich im Sommer beim Widmi aufhalten kann. Nach langem hin und her hat es nun 3 Bäume gegeben, es hätte aber gemäss der ursprünglichen Planung auf diesem Areal, 30 Bäume mehr geben sollen. Ein grosser Baum, 10'000 Franken, super, Danke.

Michael Häusermann (SVP): Noch als Ergänzung zum Anliegen von Chantal. Der Baum dort unten stört mich nicht, man kann auch dort noch einen setzen. Jetzt muss ich mal für die grüne Branche reden. Was seid ihr bereit für einen Computerfachmann in der Stunde zu bezahlen? Und welche Löhne hat die grüne Branche? Sind wir doch bereit, hier Fr. 10'000 in die Hand zu nehmen. So dass wir wirklich einen schönen Baum, welcher etwas darstellt bekommen. Es geht 30 – 40 Jahre, bis man dort einen super Baum hat und dies erlebe ich auch fast nicht mehr. Und wenn noch irgendwo 500 Franken sind, dann kann man am Dammweg auch noch einen Baum setzen. Ich würde sonst mein heutiges Einwohnerrat-Sitzungsgeld von Fr. 100 spenden für den Baum am Dammweg. Vielleicht gibt es noch Nachahmer. Lassen wir die Fr. 10'000, damit wir ein super Exemplar bekommen.

Daniel Mosimann (Stadtammann): Ich wehre mich nicht gegen den Änderungsantrag. Aufgrund von Hitzeinsel-Karten wurden die Standorte gewählt. Die Idee war, dass man dort einen Punkt setzen könnte. Es ist uns bewusst, dass in diesem Werkhofareal, früher oder später, etwas passiert. Aber die Dimension bezüglich der Werkhofstrasse kennen wir noch nicht. Du hast recht, Lenzburg hat sehr viele schöne und mächtige Bäume. Ebenfalls stimmt, dass viele davon in Privatgärten sind. Aber zur Ehrrettung, am Schlossberg gibt es eine wunderbare Rotbuche, welche sehr wahrscheinlich den umfangreichsten Stamm hat von allen Bäumen in Lenzburg. Das steht in unserem Bauinventar, welches wir einmal für die BNO-Revision erfasst haben. Dort ist ebenfalls eine mächtige Hagenbuche zu finden. Man findet also auch im öffentlichen Raum der Stadt schöne Bäume. Zur Verteidigung vom Stadtrat muss ich noch etwas zur Widmi sagen. Als der Widmi Park erstellt wurde, musste man Einsparungen machen und auf Geheiss des Einwohnerrats sind dann die Bäume weggefallen. Das ist etwas, dass uns immer wieder einholt. Wenn man aber so nachbessern kann, ist das gut.

Änderungsantrag SVP:

Auf das Pflanzen von 5 Bäumen entlang der Werkhofstrasse sowie am Ende des Dammwegs ist zu verzichten. Damit trotzdem eine "Kompensationsmassnahme" stattfinden kann, ist für den Betrag von Fr. 10'000 im Widmi Park eine bereits etwas grössere Blutbuche zu pflanzen.

Abstimmung

Der Änderungsantrag wurde einstimmig angenommen.

Daniel Blaser (Die Mitte): Ich möchte euch alle nochmals darauf hinweisen, dass wir fast alle hier im Raum, die Motion „Verzicht auf Bodenversiegelung“ eingereicht haben. Es geht hier nicht nur um die Abstrahlung der Hitze, wie es Michael vorher erwähnt hat, sondern es geht bei dieser Motion darum, wie wir mit den klimabedingten, abnormalen Wettersituationen so gut wie möglich unser Abwassersystem entlasten. In dieser Vorlage steht klar, dass überschüssiges Regenwasser in die Kanalisation geleitet wird. Wie lange wird es gehen, bis wir wieder eine halbe Million Franken oder mehr in den Ausbau eines Auffangbeckens investieren müssen? Oder bis die Kanalisation wieder zurückstaut und das Wasser statt hinein, hinausläuft. Ich weiss, ich habe dies schon einmal in einer anderen Situation oder bei der letzten Vorlage erwähnt. Wie wir dies kürzlich erlebt haben, als die Feuerwehr stundenlang am Problem lösen war, im Regen arbeiten musste bis es wieder einigermaßen nachgelassen hat. Ich glaube das Problem ist, dass wir auf dem Konto Abwasserbeseitigung viel zu viel Geld haben. Meiner Meinung nach müsste man abklären, welche Grundlagen man erarbeiten muss, um den Aufpreis für einen versickerungsfähigen Belag welcher die Kanalisation entlastet, dem Konto Abwasserbeseitigung belastet werden kann. Es hat einen direkten Zusammenhang. Und ich glaube, dann würde sich ein grosser Teil der Mehrkosten erübrigen. Ich persönlich finde es für alle Benutzer von diesem Weg sehr schade, dass wir nicht in der Lage sind, einen anderen Belag ausser Teer als Kompromiss für die Motionäre, Fussgänger und Velofahrer einzubauen. Ich finde es auch nicht in Ordnung, die gleiche Vorlage, obwohl diese abgelehnt wurde jetzt mit diesen, wie vorher angesprochen 5 Bäumen und Fr. 10'000 Mehrkosten zu präsentieren. Auch wir haben den Standort der Bäume diskutiert, was nun aber erledigt ist. Darum kann ich nur unserem Änderungsantrag zustimmen. Wenn dann der Ausbau des Werkhofs fertig ist, kann der Stadtrat noch immer einen sickerfähigen Belag für den zweiten Abschnitt vorschlagen. Wir werden diesem Verpflichtungskredit nicht zustimmen.

Daniel Frey (EVP): Mich als Schreiner freut die Diskussion über Bäume. Ich habe natürlich eine andere Verwertung, denn als Schattengeber. Weil, wenn man diese verarbeitet, es Schweisstropfen gibt. Ich habe heute einen Gegenantrag/Änderungsantrag gestellt. Aus den folgenden Gründen: Im März 2021 haben wir über den Dammweg schon abgestimmt und wir haben diesen knapp abgelehnt. Mit der Petition von Pro Velo sind 315 Stimmen eingegangen. In der direkten Demokratie ist dieses Vorgehen vorgesehen und Pro Velo ist legitimiert. Im Stadtrat danken wir für die eingereichten Vorschläge von den verschiedenen, durchlässigen Belägen. Wir haben diesen Antrag und die Situation nochmals angeschaut. Es ist ein Bedürfnis vorhanden und für uns hat die Sicherheit die höchste Priorität. Wir als Gemeinde sind verantwortlich, dass

die Infrastruktur, welche wir bauen auch einen grossen Sicherheitsfaktor hat. Aus diesem Grund haben wir einen Änderungsantrag gemacht mit folgender Begründung: Wir befürworten einen sicheren Weg für den Langsamverkehr, und stehen dazu. Zum Langsamverkehr gehören auch Fussgänger und Trottinettfahrer. Es ist angenehmer, wenn der Untergrund nicht immer asphaltiert beschaffen ist und es bietet Abwechslung, gerade auch für Kinder. Das Gefahrenpotenzial, das Steilstück Niederlenzerstrasse zur Werkhofstrasse ist abschüssig. Der untere Bereich ist geteert. Vom Herunterfahren, wie auch vom Regen, wird das Kies in den Belag gestreut, was dann sehr gefährlich sein kann. Wenn man mit einem guten Tempo mit dem Velo kommt und bremsen muss, passiert schnell etwas. Selbst als Fussgänger muss man dort aufpassen, weil es dort doch grosse Steine hat. Wir fassen aber auch die gemeinsamen Klimaziele ins Auge. Wir haben uns alle zusammen dazu verschrieben. Mir scheint es einfach, es ist ein kleines Zeichen, dass hier nicht unbedingt zugemacht werden muss. Und ich glaube, als Gemeinde oder als Kommune haben wir auch eine Vorbildfunktion, dass wir nicht überall zustimmen müssen, was irgendwie gefordert wird. Wir müssen vielleicht ein bisschen Mut haben nein zu sagen. Ein unversiegelter Boden bringt auch einen Mehrwert. Für Pflanzen, Tiere und es bringt Abwechslung. Als reger Benutzer von diesem Weg ist es für mich eine gewisse Qualität. Unsere Generation, ich sage Generation 1, dann Generation 2, 3 und 4. Weil ich mit der Generation 4, also mit meinen Enkeln, unterwegs bin. Für das Steilstück von 175 Meter brauche ich eine halbe Stunde. Aber nicht weil ich nicht gut zu Fuss bin sondern, weil es eine Begegnungszone ist. Leute, wisst ihr eigentlich was wir hier machen, wenn wir diesen Weg zubetonieren. Das ist für mich noch Kultur. Eigentlich müsste man diesen Weg touristisch nutzen, weil es ein Entschleunigungsweg und ein Begegnungsweg ist. Der Kanton Aargau kennt das wahrscheinlich aber nicht. Ihr könnt euch nicht vorstellen, mit wie vielen Leuten man da, wenn man ausweichen muss, ins Gespräch kommt. Wir machen grosse Investitionen in der Stadt für Begegnungszonen, welche keinen Menschen interessieren und ein so einfacher Weg wollen wir zumachen welcher Lebensqualität bringt. Liebe Leute, habt ein Herz, auch für die Generation 4, also unsere Enkelkinder. Wir haben die Klimajugend, welches also auch das Klima Enkelkind ist. Das ist dann die Generation die Fragen stellt, welche wir beantworten müssen oder dürfen. Ich habe dann das Vergnügen im Aabachpark auf einer Bank zu sitzen, weil es dann sicher Leute gibt, welche den Enkelkindern erzählen können, warum dieses hier nun zubetoniert oder geteert ist. Liebe Leute, ich bitte euch, unserem Änderungsantrag in diesem Rahmen zuzustimmen.

Einwohnerratspräsident Remo Keller: Ich würde den Änderungsantrag, welcher eingereicht ist, noch vorlesen, sodass man diesen auch offiziell hat:

Der Einwohnerrat möge der Erneuerung des Dammwegs Abschnitt Niederlenzerstrasse – Werkhofstrasse zustimmen und für die Ausführung des Vorhabens und der Pflanzung (da kommt jetzt der Änderungsantrag von Michael ins Spiel) einer etwas grösseren Blutbuche in der Widmi, einen

Verpflichtungskredit von Fr. 60'000 zuzüglich teuerungsbedingten Mehrkosten zu bewilligen. Die Sanierung des Abschnitts Werkhofstrasse – Aabachpark ist ersatzlos zu streichen und im heutigen Zustand zu belassen.

Wir würden jetzt über diesen Änderungsantrag debattieren.

Thomas Schär (SP): Danke vielmals Dani für deine Ausführungen und auch wie du uns den aktuellen Dammweg schmackhaft gemacht hast. Deine Überlegungen, diesen auch touristisch zu nutzen, wäre sicher interessant. Ganz im Ernst, ich habe ein gewisses Verständnis dafür und deine Ausführungen kann ich zum Teil nachvollziehen. Aber ich finde, wir müssen hier ernsthafter über etwas anderes sprechen. Daniel Blaser hat es vorher erwähnt. Die Bodenversiegelungsmotion wo es nicht nur darum geht, die Klimaerwärmung in der Stadt zu verhindern, sondern auch die Problematik mit dem Abwasser anzugehen. All das sind Auswirkungen der Klimaveränderung. Die Klimaveränderung findet statt, weil wir fossile Energien verbrennen. Was heisst, dass wir vor allem dort ansetzen müssen, wo dies passiert. Hier geht es um eine wichtige Langsamverkehrs-Verbindung, welche wir stärken müssen. Es darf nicht sein, bitte verstehe mich nicht falsch, unter dem Gesichtspunkt von Pensionierten, welche gerne mit Hund und Enkel spazieren gehen, einen Arbeitsweg schwieriger nutzbar zu machen. Dies führt dazu, dass bei schlechtem Wetter oder bei schlechten Situationen wieder aufs Auto ausgewichen wird. Dies ist hier wirklich die Gefahr. Wir haben vorher Ja gesagt zum Bahnhof Lenzburg mit der zweiten Personenunterführung. Die Hoffnung ist, dass der Bahnhof Lenzburg in eine Superform kommt, dass möglichst viele Personen über den Bahnhof nach Lenzburg reisen und zu Fuss zum Beispiel zur Arbeit ins Gebiet Aabach Nord gehen. Für dieses muss die ganze Verbindung ansprechend und gut nutzbar sein. Das ganze Jahr, bei allen Bedingungen, und für alle Teilnehmenden. Ob zu Fuss oder mit dem Velo, sei es das eigene oder wenn es Public-Bikes gibt beim Bahnhof, mit dem gemietetem Velo wie auch mit dem Scooter. Ich erachte es als nicht hinnehmbar, dass man nun auf Kosten des Langsamverkehrs, zu Gunsten einer Freizeitnutzung, Abstriche macht. Bei anderen Situationen, wenn es um Strassenprojekte geht, stellen wir nicht in Frage, welche Flächen da zugehen und welche auch schön zum Spazieren gewesen wären. Die Ringstrasse Nord Verlängerung, wo wir noch diskutieren müssen zum Beispiel, wo die Strasse über den Bach führt und viele schöne Bäume stehen, welche weichen müssen. Diese zerstört eigentlich auch ein schönes Naturgebiet, wenn diese Strasse weitergeführt wird. Beim Strassenverkehr ist das selten in Frage gestellt. Der Langsamverkehr muss aber Abstriche machen und es müssen Kompromisse gemacht werden. Ich finde es falsch und schade. Zum Beispiel der Kronenplatz, mit dem Baum welcher dort steht. Wieso reden wir nicht einmal darüber, welche Plätze wir entsiegeln müssten. Das wäre vielleicht wichtiger. Es ist super, dass dort ein Baum gepflanzt worden ist. Irgendwann wird der Baum grösser sein und er spendet Schatten. Auch all den Autos welche dort parkiert sind. Warum entsiegeln wir dort nicht und machen einen richtigen Platz, wo man sich aufhalten kann, mit Aufenthaltsqualität, mit

Grünflächen, mit weiteren Bäumen, mit Sträuchern, mit Pétanque und vielleicht einem Kinderspielplatz und einem Glacé-Stand. Über dies müssen wir ernsthaft sprechen. Aber jetzt beim Dammweg zu sagen, wo Biodiversität mässig und ökologisch kein grosser Verlust ist, wenn man dort versiegelt, ist eine falsche Taktik. Und man Abstriche macht, weil er im Schatten vom Damm ist, aber ein wichtiger Arbeitsweg für den Langsamverkehr und Fussgänger, ist eine falsche Strategie. Dies bringt uns nicht weiter. Und es unterstützt auch nicht die Motion der Bodenversiegelung, sondern wenn man weiterdenkt, müssen wir verhindern, dass die Klimaveränderung stattfindet. Wir müssen die Mobilität in Frage stellen sowie unser Verhalten. Mit welchen Mitteln wir vorgehen und somit ist es im städtischen Raum wichtig, dass wir gute Langsamverbindungen haben, welche das ganze Jahr nutzbar sind.

Chantal Toker (GLP): Ich arbeite am Dammweg und muss deshalb auch noch etwas dazu sagen. In der GLP würden wir einem Antrag zum Kronenplatz sofort zustimmen. Wir haben in der GLP lange über dieses Geschäft gesprochen und es hat verschiedene Voten gegeben. Zum einen ist der Weg asphaltiert und für eine gemeinsame Nutzung für Fussgänger ziemlich schmal. Zum anderen, ob man die Sanierung etappiert machen soll und dann eine breitere Verbindung geschaffen werden könnte und so jetzige Ausgaben, welche wir sofort tätigen, zu Nichte machen würden. Dass man ein grösseres, schöneres Projekt machen kann, welches eine gemeinsame Nutzung optimiert. Pro Velo setzt sich aktiv für die Asphaltierung von diesem Weg ein. Es gibt aber auch beim Verein nahe-stehende Personen, welche ich kenne, die mit der aktuellen Situation zurecht-kommen. Ich persönlich möchte auch noch sagen, dass ich es sehr seltsam und komisch finde, dass wir ziemlich genau ein Jahr später über die exakt gleiche Vorlage abstimmen, wie damals im März 2021. Mit Ausnahme der Bäume, welche wir aber bereits angepasst haben. Wir haben zwar zusätzliche Informationen betreffend alternativen Belagsmöglichkeiten erhalten, aber an der Vorlage selbst hat sich nichts geändert. Auch die Rahmenbedingungen sind die gleichen wie im letzten Jahr. Warum sollte der Rat also jetzt anders ab-stimmen? Da müsste man eigentlich schon an der Glaubwürdigkeit von unserem Parlament zweifeln, falls dem so ist. Ich selbst bin sowohl Velofahrerin wie auch Fussgängerin und benütze den Dammweg und die Zuführung täglich. Für eine gemischte Nutzung ist der Weg momentan wirklich sehr eng. Eine Asphaltierung würde die Geschwindigkeit der Velos vermutlich erhöhen, was die Sicherheit der Fussgänger reduzieren könnte. Für die Velofahrer, welche gerne schneller vorwärtskommen, gibt es bereits jetzt eine asphaltierte Lang-samverbindung, welche auch im Winter genutzt werden kann. Vom Freiämter-platz über die Marktmatte via Aabach-Dammweg ins Lenz und dann zum Bahnhof. Wie mehrmals schon erwähnt wurde, werden wir später an diesem Abend den Bericht zu unserer Motion "Verzicht auf Bodenversiegelung" bekommen. Die Forderung dort geht in eine andere Richtung und lässt an der Glaubwürdigkeit zweifeln, einmal mehr, wenn wir jetzt in eine ganz andere Richtung gehen. Ist am Dammweg eine Asphaltierung notwendig oder nicht. Der Änderungsantrag, welcher jetzt vorliegt, ist eine Kompromisslösung. Man

will es nicht annehmen, weil man kein Asphalt haben will und doch ist im Parlament nicht ganz klar wie die Mehrheit sein wird und deshalb ist es eine sogenannte, gut schweizerische Kompromisslösung. Wir werden sehen, wie die Abstimmung ausgehen wird.

Ruedi Baumann (SVP): Ich kann fast alles streichen was ich aufgeschrieben habe, weil das meiste schon gesagt wurde. Ich komme aber noch zu einem anderen Punkt. Zum Unterhalt des Dammwegs. Die Strasse würde nicht so aussehen, wenn die Stadt Lenzburg in den letzten Jahren einen einigermaßen gescheiterten Unterhalt, zwischen der Niederlenzerstrasse und der Werkhofstrasse, gemacht hätte. Ich benutze die Strasse seit vielen Jahren. Ich bin viel vom Osten in den Westen und am Abend vom Westen in den Osten gelaufen. Ich arbeite anders, ich habe andere Schuhe an. Ich hatte nie das Gefühl, dass diese dreckig sind, wenn ich zuhause war. Aber dort wird nichts gemacht. Wenn man diesen Teil wieder einmal mit Juramergel richtig einkieseln und einwalzen würde, wäre dieser über Jahre hinaus wieder benutz- und brauchbar und unser Problem wäre gelöst. Im letzten Winter, als es mehr Schnee als üblich gab und man in der Stadt Lenzburg alles wegführen musste, weil man das Gefühl hatte, dass der totale Zusammenbruch kommt, ist der Dammweg (von der Niederlenzstrasse her zur Schützenmatt) 4 Tage weder gepfadet noch geputzt worden. Ich weiss auch wieso. Mit unseren Fahrzeugen, welche wir haben, kann dort nicht gereinigt werden. Auf der einen Seite sind Steinkörbe und auf der anderen Seite ein Haag und eine Mauer. Man hat den Schnee also nicht weggebracht. Aber mittlerweile ist er auch weg.

Christina Bachmann-Roth (Die Mitte): Ich bin arbeitstätig und benutze diesen Weg ebenfalls mit dem Velo, dies geht. Ich fahre ein wenig langsamer, damit ich die Pensionierten, welche dort vorbeilaufen, nicht störe. Genau deshalb ist der Dammweg – so wie er auf diesem Abschnitt ist – genau richtig. Mich stört, dass wir vorhin zum Klima sprachen und nun diese Klimamassnahme kleinreden, nur weil es wenig Geld, ein kleiner Abschnitt und ein kleiner Teil der Bevölkerung, welcher diesen Weg benutzt, ist. Aber es ist ein Verzicht. Ein Verzicht vielleicht für die Velofahrerinnen und Velofahrer ein bisschen langsamer zu fahren, oder eine andere Strasse zu nehmen und nicht alle Auswahlmöglichkeiten zu haben, sondern in diesem Fall die Strasse anstelle des Dammwegs zu benutzen. Für mich ist es vor allem das, wofür wir bereit sein müssen es zu tun. Darum finde ich, könnte man doch auf diesen Abschnitt verzichten. Am Werkhof entlang wo wir wissen, dass sowieso etwas Neues kommt. Wir können verzichten auf diesen Abschnitt und somit auch bewusst etwas für das Klima tun. Vielleicht ist es klein. Aber wie wollen wir in einer grossen Vorlage geschlossen ja für eine entsiegelte Fläche stimmen, wenn wir es nicht einmal bei einer kleinen Vorlage schaffen. Für mich als Unternehmerin ist klar, dass es beim Kleinen beginnt. Wir müssen im Kleinen bereit sein Verzicht zu üben und im Kleinen bereit sein, Schritte zu tun, dann können wir es auch beim Grossen tun und dann können wir auch einmal bei einer Strasse

nicht versiegeln und dort für eine entsiegelte Fläche stimmen. Darum bitte ich euch alle, dem Änderungsantrag zuzustimmen und somit auch unser Nein vor einem Jahr zu bestätigen und doch die Sicherheitsrisiken, welche auf der anderen Seite bestehen zu beheben.

Thomas Schär (SP): Es geht nicht darum, dass wir jetzt hier ein kleines Zeichen setzen, sondern es geht bei dieser Klimathematik, bei der Klimapolitik darum, dass man sich fragt, wo hat man welchen Nutzen und was macht man aus welchem Grund. Der Abschnitt Dammweg ist biodiversitätsmässig nicht wertvoll. Er ist im Schatten und die Abwasserproblematik wird nicht dort entschieden. Auf der anderen Seite geht es darum, ich habe es vorhin erwähnt, sich zu hinterfragen wie wir uns in unserer Stadt bewegen. Wir wissen es von der Bahnhof-Informationsveranstaltung wo die schöne, grüne Pause vorgestellt wurde. Die grüne Pause, welche durch eine Strasse und einem Zug-Zubringer durchschnitten werden soll. Das sind die grossen Projekte, welche doch wieder zu gemacht werden und keine Ökologie und Natur stattfindet. Wir müssen die Mobilität in Frage stellen und das heisst, dass man auch zu Fuss unterwegs sein kann. Man muss auf guten Strecken laufen können, man muss innerstädtisch gut von Punkt A nach Punkt B kommen, auch bei schlechten Wetterbedingungen. Wir haben auch Äusserungen gehört, dass es darauf ankommt, welche Schuhe man trägt. Beim Autoverkehr würde man auch keine Vorgaben machen, wenn eine Strasse nicht mehr gut ist. Das Schlagloch, welches im Tunnel war müsste so ja nicht saniert werden – man kann ja einen SUV benutzen. Aber im Langsamverkehr, im Fussgängerverkehr da werden Abstriche gemacht, da soll man Umwege machen. Mir geht es bei diesem Abschnitt vor allem um den Fussgängerverkehr. In den Unterlagen steht es, es wurde auch an der GPFK Sitzung erwähnt, dass es ein Wunsch der dort ansässigen Firmen ist. Kurz den Bogen zurück zum Veloverkehr. National ist das Velogesetz angenommen worden. In diesem Velogesetz steht klar, dass Veloverbindungen einen direkten Weg von A nach B sein müssen. Es kann nicht mehr so sein wie früher. Wenn man von Lenzburg nach Seon fahren will, gibt es einen wunderschönen Veloweg, welcher dem Aabach entlangführt. Es ist auch eine schöne Ausflugsstrecke, wo man mit dem Hund oder den Enkeln spazieren gehen kann. Aber dies ist kein Arbeitsweg. Man konnte es in der AZ lesen, bald soll der richtige Veloweg der Fahrbahn entlang direkt von Lenzburg nach Seon kommen. Darum geht es, dass man direkte, schnelle und gute Langsamverkehrs-Verbindungen für Velofahrer wie auch für Fussgänger hat. Von diesem Gesichtspunkt aus, ist der Dammweg so wichtig und sollte entsprechend komplett ausgebaut werden. In der Thematik Sicherheit gebe ich euch Recht. Da soll aufeinander Rücksicht genommen werden und es wurde vom Stadtrat versprochen, dass wenn der Werkhof ausgebaut wird, dies nochmals thematisiert wird.

Manuel Silva (SVP): Die Sicherheit war immer wieder ein Thema. Ich erlebe es tagtäglich. Das Sicherheitsproblem, welches wir haben, sind die Velofahrer. Du

hast erwähnt, dass der Veloweg direkt sein muss. Aber die Marktmatte ist auch ein direkter Weg. Die Velofahrer sind heute zu faul, um abzusteigen und die 175 Meter, über welche wir jetzt diskutieren, zu laufen. Also wenn wir schon über Sicherheit sprechen, dann wäre ich dafür, dass man dort ein Fahrverbot einbauen würde und nicht den Weg saniert. Und sind wir ehrlich, am Abend läuft dort niemand mehr durch. Es ist dunkel und meine Kinder, welche 15 und 17 Jahre alt sind, haben Angst auf diesem Weg. Die Sicherheit müssen wir also wo anders anschauen.

Regula Züger (Grüne): Wir Grünen kommen überall durch. Darum habe ich es auch sympathisch gefunden, dass man den Weg so lässt wie er ist. Aber wie Thomas Schär schon gesagt hat, es geht um etwas ganz anderes. Zeichen setzen und dem kleinen etwas Gutes zu tun ist manchmal kontraproduktiv. Es geht um etwa 200 m² welche asphaltiert sind und ich möchte nochmals darauf hinweisen, wie schon bei der letzten Abstimmung, wo dies als Versiegelung dargestellt worden ist. Aber Defacto ist es keine. Es wird genau beschrieben, was eine Versiegelung ist, nämlich Wasser, welches abgeleitet werden muss. Das Wasser wird abgeleitet in Versickerungsbahnen und läuft nicht in die Kanalisation, deshalb ist es Defacto keine Versiegelung. Eine Versiegelung ist schlecht, wenn sie die Biodiversität stört, wenn Sie den Weg für Tiere durchschneidet. Dies findet aber mit diesen 1,5 Meter Asphalt nicht statt. Wir Grünen können sicher gut damit leben, wenn dieser Abschnitt nicht so toll ist und man nicht so schnell fahren kann. Aber es geht um etwas anderes. Es geht um 200 m² auf diesem Stück, welches wir nun retten könnten mit diesem Änderungsantrag. Ich wohne direkt an der Neuhofkreuzung, dort geht es um 10'000 m², und dort wird nie über etwas gesprochen. Es geht um weitere ca. 7'000 bis 8'000 m² wo wir alle Parkplätze decken oder begrünen könnten in unserer Stadt. Das ist ein x-faches von diesen 200 m². Und was man mit diesen 200 m² gewinnen könnte, wenn die Leute dafür auf das Velo umsteigen. Und was all die Autofahrer gewinnen können, wenn die Velofahrer dann den Veloweg benützen und nicht mehr auf der Strasse fahren. Man kann also erstens die Quadratmeter anschauen und zweitens korrigieren, dass es hier nicht um eine Versiegelung im eigentlichen Sinn geht. Was die Versiegelung schlecht macht, ist, dass es sich erhitzt, dass die Biodiversität nicht stattfinden kann, die Würmer nicht untendurch gehen können oder die Fläche zu gross ist, dass sich Tiere kreuzen können. Aber wir Grünen könnten auch mit der abgeänderten Form leben, man kommt mit dem Velo schon durch. Es geht einfach darum, was wir in Zukunft wollen. Und wenn wir für die Velofahrer die Velowege möglichst gut machen wollen, wenn wir Leute von der Strasse auf die Velowege bringen wollen, dann müssen wir auf dies setzen. Und dies hat eine viel grössere Klimawirkung als 200 m² mehr Asphalt, welche nicht einmal stark besonnt ist und jetzt die Tiere darüber krabbeln können. Einfach um die Verhältnismässigkeit wieder einmal herzustellen.

Daniel Mosimann (Stadtammann): Der Stadtrat hat es sich nicht leicht gemacht, diese Vorlage noch einmal zu bringen. Es war uns ebenfalls bewusst, dass es nach einem Jahr ein gewisses Wagnis ist. Was uns bestärkt hat war die Petition von Pro Velo, welche aktiv wurde. Zur Entwässerung: Das Wasser wird in Versickerungsmulden gesammelt und kann dann dort versickern. Nur bei starkem Regen wird das Wasser in Schächte und dann in die Kanalisation abgeleitet. Im Normalfall hat man dort also eine Versickerung und das Wasser läuft über die Schulter weg. Zur Sicherheit: Der Weg ist zwar schmal, aber was für einen gemischten Verkehr spricht ist, dass es sehr gut einsehbar ist. Die Strecke ist offen und man sieht die Fussgänger. Es funktioniert nicht immer nur mit Verboten oder mit Einschränkungen, sondern es funktioniert heute halt, in Gottesnamen, mit Rücksichtnahme. Aber die Rücksichtnahme kann man nicht verordnen, da muss man auf den gesunden Menschenverstand bauen können. Wir haben eine ähnliche Situation auf der Widmi. Am Morgen, wenn die Kinder zu fünft nebeneinander in die Schule laufen, gibt es zwei Varianten. Entweder man zischt mit dem Velo dort vorbei oder man nimmt Rücksicht und kommt gut aneinander vorbei. Der Dammweg ist beleuchtet und daher ist es möglich, auch in der Nacht durchzugehen. Der Stadtrat spricht sich gegen diesen Änderungsantrag aus, weil man festgestellt hat, dass bei schlechtem Wetter die Leute nicht mehr auf dem Weg laufen, weil dieser matschig ist, sondern auf dem Werkhofareal. Das Tor ist offen, man kommt gut durch, es gibt aber Konflikte mit Leuten, welche dort arbeiten und dort mit Fahrzeugen rangieren. Wenn die Leute darauf angesprochen werden, sagen sie, dass es hier trocken, auf dem Weg aber matschig ist. Und es ist so, dass der Weg lange feucht bleibt, auch weil er im Schatten liegt, wenn es geregnet hat. Der Werkhof wird irgendwann ausgebaut, ich sage ganz bewusst irgendeinmal, weil wir noch nicht wissen, wann dies der Fall sein wird. Und wenn es dann der Fall ist, besteht die Möglichkeit, dass der Weg verbreitert werden kann. Darum würden wir es begrüßen, wenn der Einwohnerrat den Änderungsantrag ablehnen und dafür dem stadträtlichen Antrag zustimmen würde.

Änderungsantrag von EVP/Die Mitte:

Der Einwohnerrat möge der Erneuerung des Dammwegs Abschnitt Niederlenzerstrasse - Werkhofstrasse zustimmen und für die Ausführung des Vorhabens und der Pflanzung einer etwas grösseren Blutbuche in der Widmi einen Verpflichtungskredit von Fr. 60'000 zuzüglich teuerungsbedingten Mehrkosten zu bewilligen. Die Sanierung des Abschnitts Werkhofstrasse - Aabach Park ist ersatzlos zu streichen und im heutigen Zustand zu belassen.

Abstimmung

Der Änderungsantrag wurde mit 9 JA zu 19 NEIN abgelehnt.

Antrag des Stadtrats mit der Ergänzung:

Der Einwohnerrat möge der Erneuerung des Dammwegs zustimmen und für die Ausführung des Vorhabens und der Pflanzung einer etwas grösseren Blutbuche in der Widmi einen Verpflichtungskredit von Fr. 119'500 zuzüglich teuerungsbedingten Mehrkosten bewilligen.

Abstimmung

Der Antrag wurde mit 25 JA-Stimmen zu 9 NEIN-Stimmen angenommen.

7 Sitzungsgelder

Sprecher der GPFK ist der Präsident, Francis Kuhlen (FDP): In Bezug auf die Quadratmeter der Vorlage, über welche wir jetzt diskutieren, würde es insgesamt um ca. Fr. 12'000 im Jahr gehen. Nur dass es klar ist, dass es nicht um sehr grosse Beträge geht. Die Höhe für die Sitzungsgelder, für den Einwohnerrat und für die einwohnerrätlichen Kommissionen, also für die Kommission, welche von uns für eine Spezialaufgabe gewählt wurden und auch die GPFK dazugehört, werden vom Einwohnerrat festgelegt. Wir legen also unsere eigene Honorierung fest. Hingegen wird die Höhe der Sitzungsgelder, für die vom Stadtrat bestellten Kommissionen, das sind alle beratenden übrigen Kommissionen, vom Stadtrat und nicht von uns festgelegt. Das Sitzungsgeld vom Einwohnerrat und der GPFK beträgt heute Fr. 60 und wurde das letzte Mal vor 20 Jahren, im Jahr 2002 angepasst. Die Sitzungsgelder der vom Stadtrat bestellten Kommissionen betragen generell Fr. 40. Einzelne Kommissionen haben einen höheren Ansatz womit einer höheren Anforderung/Verantwortung oder höherer Vor- und Nachbearbeitung Rechnung getragen wird. Eine entsprechende Anpassung von diesen Ansätzen der stadträtlichen Kommissionen hat der Stadtrat beschlossen. An der Budgetsitzung des Einwohnerrats am 23. September 2021 hat die SVP im Rahmen der Budgetberatung einen Antrag gestellt. Um das Budget für die Sitzungsgelder von Legislativen und Kommissionen um Fr. 9'000 zu erhöhen und dem Einwohnerrat ein Sitzungsgeld von Fr. 100 zu ermöglichen und festzulegen. Der Antrag wurde damals mit 19 Stimmen zu 12 Stimmen und 2 Enthaltungen angenommen. Im Rahmen der Behandlung von diesem Geschäft in der GPFK, dies noch als Ausgangslage, haben wir Remo Keller als Einwohnerratspräsident und Beat Hiller, Vizepräsident des Einwohnerrats eingeladen, um auch ihre Meinung zu diesem Thema zu kennen. Die Geschäfte des Einwohnerrats sind in letzter Zeit immer komplexer geworden was ich in diesen 8 Jahren bezeugen kann. Die Vorbereitung ist entsprechend anspruchsvoller und vielfach werden Einwohnerräte im Vorfeld zu Informationsanlässen eingeladen. Der letzte war zum Thema Bahnhof Lenzburg. Qualitativ anspruchsvolle Projekte stehen auch

in dieser Legislatur an. Ich nenne hier nur ein paar: die Gestaltung des Bahnhofs, die neue BNO, der Schulraum Oberstufe und so weiter. Auch gibt es eine quantitative Zunahme der Geschäfte. So wurden in den letzten Jahren auch die als Reserve geplanten Sitzungen in Anspruch genommen. Dann kommt hinzu, dass in den Fraktionen jeweils auch über diese Geschäfte am Abend beraten wird. Bei einer konsultativen Abstimmung an der Sitzung im Dezember 2021 haben die neu gewählten Fraktionspräsidenten sich mit einer Enthaltung zugunsten einer Erhöhung der Sitzungsgelder des Einwohnerrats auf Fr. 100 ausgesprochen. Nun zur GPFK: Mit dem zusätzlichen Focus auf die Prüfung der Geschäfte und den Geschäftsprozessen, ist in den letzten Jahren die Arbeit der GPFK als einwohnerrätliche Kommission auch qualitativ anspruchsvoller und umfangreicher geworden. Mit dem Focus auf den "GP"-Teil der GPFK, ist auch der Zeitaufwand entsprechend grösser geworden. Insbesondere die jährliche Prüfung setzt eine beträchtliche Vor- und Nachbearbeitung der Mitglieder voraus. Als Folge hat der Einwohnerrat am 3. Dezember 2021 das neue Reglement für die GPFK genehmigt, welches nun seit dem 1. Januar in Kraft ist. Die Zunahme des Arbeitsaufwands und der Verantwortung rechtfertigen aus der Sicht der GPFK auch eine Erhöhung des Sitzungsgeldes auf Fr 100. Fairerweise muss ich darauf hinweisen, dass eine Erhöhung dieses Sitzungsgeldes für die GPFK in der Beschlussfassung des Budgets 2022, vom 21. September 2021, nicht enthalten ist. Die Erhöhung der GPFK Sitzungsgelder führt also möglicherweise zu einer leichten Überschreitung dieses Budgets. Ich schätze, dass dies ungefähr Fr. 2'900 sein könnten. Nur um den Quadratmeterpreis richtig zu stellen. Nun zu den einwohnerrätlichen Spezialkommissionen. Die einwohnerrätlichen Spezialkommissionen werden speziell für anspruchsvolle und umfangreiche einwohnerrätlichen Projekte eingesetzt. Aktuell haben wir die Spezialkommission "neue BNO". Es ist für mich das erste Mal seit den acht Jahren, dass ich dabei bin. Diese Spezialkommission verlangt einerseits eine erhebliche initiale Einarbeitungszeit wegen der Komplexität des Themas, andererseits wird eine entsprechende Vor- und Nachbearbeitung der Sitzungen vorausgesetzt. Ich denke, dass auch hier eine Entschädigung von Fr. 100 gerechtfertigt ist. Und übrigens, in keiner Art und Weise entspricht das Honorar einem anständigen Stundenansatz. Nur zur Information: Im Jahr 2021 hatte diese BNO-Spezial-Kommission sieben Sitzungen. Im Jahr 2022 fand bis jetzt eine Sitzung statt und eine weitere ist noch vorgesehen. Ob diese allerdings durchgeführt wird, hängt vom Resultat der Vorprüfung vom Kanton ab. Bei der Entschädigung vom Präsidium und Aktuariat waren wir uns auch einig, dass in der GPFK und im Präsidium vom Einwohnerrat, die Entschädigungen für die spezifischen Tätigkeiten unverändert bleiben sollen. Wir betrachten die bisherigen Entschädigungen für die logistische und verhandlungstechnische Verantwortung als ausreichend. Also der Aufwand für den Leadership im Präsidium ist nicht wesentlich anders oder grösser. Soweit zu den verschiedenen Erhöhungen. Noch ein paar Informationen zur Klärung, welche im Laufe der Diskussionen aufgekommen sind. Die Entschädigung der Stadträte, für ihre Teilnahme an den Einwohnerratssitzungen, ist durch das neue Entschädigungsreglement, welches wir am 1. März 2021 genehmigt haben abgegolten. Auskunftspersonen im Einwohnerrat werden nach den gleichen

Ansätzen wie Mitglieder von stadträtlichen Kommissionen entschädigt, also so, wie es vom Stadtrat festgelegt worden ist. Wir von der GPFK empfehlen mit acht Ja-Stimmen, und einer Enthaltung, den Antrag zur Erhöhung der Sitzungsgelder des Einwohnerrats und der einwohnerrätlichen Kommission nach den vorliegenden Unterlagen anzunehmen.

Michael Häusermann (SVP): Wir waren die Auslöser, darum möchten wir noch kurz etwas sagen. Der Grundstein war, dass wir den Budget-Posten im letzten Jahr durchgebracht haben. Im Namen der Fraktion möchte ich euch herzlich danken. Es ist so, dass die Geschäfte zugenommen haben, und dies ist nicht einfach eine leere Worthülse, sondern man kann dies auch im Rechenschaftsbericht auf Seite 20 lesen. Schauen wir den heutigen Abend an, es ist viertel vor zehn und wir sind bei Traktandum 7 von 15. Die Beiz wird geschlossen sein, bis wir hier fertig sind. Was noch zu sagen ist, dass wir nur die Erhöhung beim Einwohnerrat gefordert haben. Und wir sind dankbar, dass es fast eine generelle Lohnerhöhung gegeben hat, in all den Kommissionen. Francis, du hast es richtig gesagt, dass ist auf dem Mist vom Stadtrat gewachsen, ich sage aber auch dort danke. In der einen oder anderen Kommission profitiert man auch davon. Ursprünglich ging es uns aber um den Einwohnerrat und in diesem Sinne besten Dank, wenn ihr hier zustimmt. Unsere Empfehlung ist, dass man diesen Anträgen zustimmt.

Einwohnerratspräsident Remo Keller: Dadurch, dass die Debatte nicht kontrovers gewesen ist, beziehungsweise keine Debatte stattgefunden hat, schlage ich vor, zuerst über die Frage abzustimmen, ob man die ganzen 6 Hauptanträge mit den 5 Unteranträgen in Globo abstimmen kann, damit es nicht zu einer Turnübung kommt.

Abstimmung Frage 1:

Über alles in Globo Abstimmung: wurde einstimmig angenommen

Abstimmung Frage 2:

1. Das Sitzungsgeld gemäss §21 der Gemeindeordnung und die Entschädigungen gemäss §33 des Geschäftsreglements seien für die Amtsperiode 2022/25 wie folgt festzulegen:

1. Das Sitzungsgeld gemäss §21 der Gemeindeordnung sei von Fr. 60 auf Fr. 100 zu erhöhen.

2. Sitzungen während des Tages sind mit einem doppelten Sitzungsgeld (somit Fr. 200) pro Halbtage zu vergüten.
3. Für die jährlichen Prüfgespräche der GPFK ist pro Halbtage doppeltes Sitzungsgeld (somit Fr. 200) zu vergüten.
4. Den Präsidien weiterer Spezialkommissionen des Einwohnerrats, ist doppeltes Sitzungsgeld zu vergüten.
5. Die Mitglieder von Spezialkommissionen des Einwohnerrats erhalten Fr. 100 pro Sitzung.
6. Unter Beibehaltung der bisherigen Ansätze seien gemäss §33 des Geschäftsreglements folgende Entschädigungen festzusetzen:
 - a) Präsidium des Einwohnerrats: Fr. 2'000 pro Jahr (nebst Sitzungsgeld)
 - b) Vizepräsidium des Einwohnerrats: doppeltes Sitzungsgeld bei Vorsitz
 - c) Präsidium der Geschäftsprüfungs- und Finanzkommission: Fr. 3'000 pro Jahr (nebst Sitzungsgeld)
 - d) Aktuare/Protokollführer von einwohnerrätlichen Kommissionen, sofern es sich nicht um Gemeindeangestellte handelt; doppeltes Sitzungsgeld.
 - e) Aktuare/Protokollführer einwohnerrätlicher Kommissionen, wenn es sich um Gemeindeangestellte handelt; einfaches Sitzungsgeld (entfällt, wenn die Sitzung während der ordentlichen Arbeitszeit stattfindet)

Abstimmung

Der Antrag wurde mit 32 JA-Stimmen bei 1 Nein-Stimme und 2 Enthaltungen angenommen.

Einwohnerratspräsident Remo Keller: Falls ihr euch jetzt gewundert habt, dass ich bei den Nein-Stimmen aufgestanden bin, bin ich ehrlicherweise wirklich der Meinung, dass die Erhöhung zu hoch ist, welche wir uns heute gewährt haben. Aber das ist absolut in Ordnung.

8 Postulat SP, Grüne, Grünliberale, EVP und Die Mitte vom 24. September 2020 betreffend Massnahmen zur Reduktion bis hin zum Verbot von Einwegprodukten aus Plastik bei Beschaffungen in der Verwaltung und bei städtischen und von der Stadt zu bewilligenden Veranstaltungen; Bericht des Stadtrats

Ivanka Bašić (SP): An der Sitzung vom 24. September 2020 ist von der SP, den Grünen, der GLP, der EVP und Die Mitte das Postulat betreffend Massnahmen zur Reduktion bis hin zum Verbot von Einwegprodukten aus Plastik an den Stadtrat überwiesen worden. Ich bin beim Wort "Verbot" beim Postulat hängen geblieben. In meiner Wahrnehmung ist man in der Umweltpolitik oft gegen Verbote. Nur weil man denkt, dass man sich dann auf diese Art für die Freiheit einsetzen kann. So wird das Wort Verbot zu einem Kampfbegriff, auch wenn es und das wissen wir alle, ganz sinnvolle Verbote gibt. Der Stadtrat anerkennt in seinem Bericht die Argumente der Postulantinnen und Postulanten. Er sagt, dass er sich in Zukunft mehr für die Reduktion von Einwegprodukten einsetzen wird. Das würde bedeuten, dass er anstelle von Verboten, bessere Lösungen sucht und so eher einen liberalen Weg einschlägt. Weil jetzt das Wort liberal erwähnt wurde möchte ich hinzufügen, dass der Liberalismus, beziehungsweise der Freiheitsbegriff ein anspruchsvolles Konzept ist. Selbst Liberale untereinander definieren den Begriff unterschiedlich und so bleibt auch die Wahrnehmung des Problems unterschiedlich. An dieser Stelle möchte ich aber betonen, dass die SP-Fraktion den Lösungsansatz vom Stadtrat nachvollziehen kann und dies zum jetzigen Zeitpunkt als sinnvoll erachtet. In diesem Kontext scheint mir auch wichtig zu sagen, dass die Verbote grundsätzlich, wenn sie sorgfältig gegenüber der Freiheit abgewogen werden, zu einer gelungenen Lösung des Problems beitragen können. Manchmal auch unumgänglich sind, wenn wir in den Umweltfragen unsere Ziele erreichen wollen. Ich gehe davon aus, oder ich hoffe zumindest, dass wir alle in diesem Saal uns einig sind, dass Einwegplastik unsere Umwelt belastet. Gemäss Forschung kommt Plastik vom Land über die Flüsse ins Meer und Plastikgeschirr wird am häufigsten an die Strände angespült. Diese Bilder haben wir alle schon im Fernseher oder im Netz gesehen. Auf meiner Jogging-Route entlang der Bachstrasse sehe ich auf einer Holzhausfassade einen Wegweiser mit den Worten "zum Meer". Unterhalb vom Wegweiser fliesst der Aabach in Richtung Aare. Dieses Schild beziehungsweise dieser Wegweiser assoziiert mich immer an Ferien, Sonne und Entspannung. Gottseidank denke ich in diesem Moment nicht an Plastik oder an Mikroplastik. Dennoch ist denkbar, dass der Aabach eine Art Flaschenpost beziehungsweise Plastik in die Weltmeere transportiert. Aus der Forschung wissen wir auch, dass Plastik Zusatzstoffe beinhaltet und diese für die Tierwelt im Meer schädlich sind. Wir wissen auch, dass diese Zusatzstoffe über die Nahrungskette wie ein Bumerang uns wieder erreichen kann. In seiner Analyse hat der Stadtrat festgestellt, dass Einwegplastik unökologischer ist als die Mehrwegprodukte. Es geht darum, dass die Herstellung von Plastikprodukten viel Energie und Rohstoffe braucht. Tatsache ist aber auch, dass

nicht alle Plastikprodukte ersetzt werden können. Plastik per Gesetz zu verbieten macht keinen Sinn. Es ist Zeit umzudenken und Plastik überall dort wo es Sinn macht durch mögliche Alternativen zu ersetzen. Natürlich ist hier auch unsere Eigenverantwortung und unsere eigene Verhaltensänderung mitgemeint. Wir hoffen und sind zuversichtlich, dass das obenerwähnte Umdenken durch die vom Stadtrat vorgeschlagenen Massnahmen erfolgen werden. Aus diesen Gründen begrüsst die SP mit anderen Mitunterzeichnenden die Massnahmen, welcher der Stadtrat in seinem Bericht angekündigt hat und danken ihm für die Analyse, für den Bericht und die Erarbeitung der Massnahmen. Die SP-Fraktion stimmt dem Antrag einstimmig zu.

Tim Güttinger (GLP): Die Grünliberale Fraktion begrüsst den Bericht vom Stadtrat. Wir möchten uns bei der Verwaltung und dem Stadtrat für die Ausarbeitung ganz herzlich bedanken. Dennoch haben wir einen kleinen Kritikpunkt anzubringen. Wir sind der Meinung, dass es betreffend den Mehrwegbechern beim Jugendfest nicht nur ein Versuch sein sollte, sondern dass man es direkt verbindlich einführen könnte. Wir sind im Jahre 2022 und wir sind überzeugt, dass es in diversen anderen Städten bereits seit längerem schon verbindlich festgelegt ist.

Sven Ammann (Stadtrat) Wir konnten am letzten Montag mit zwei Drittel aller Gastronomen und Wirten sprechen. Ich habe dort klar kommuniziert, dass es kein Versuch ist, wir ziehen das durch. Trotzdem möchte ich hier noch klarstellen, dass wir es zuerst mit Becher machen. Wir probieren alle Essensangebote und Essensstände zum "Pack's ins Brot" zu bewegen. Es ist ein grosser Aufwand, in dieser kurzen Zeit, alles zu organisieren. Die Recycling- und Mehrweggeschäfte hatten einen schwierigen Stand in der Coronazeit. Die Vorarbeit welche Beatrice gemacht hat im Jahr 2019 bis 2020 konnte ich brauchen und wie gesagt, es ist etwas Langfristiges. Die Wirte haben es gut aufgenommen und alle haben es verstanden. Ich war das erste Mal auf der anderen Seite, was für mich speziell war. Ich bin also sehr optimistisch, dass dies ein guter Abend wird. Da sind wir aber erst beim Zapfenstreich. Nachher geht es weiter mit dem Jugendfest, welches dann wirklich schwierig ist. Wir haben einen Wirt, welcher die Fläche bei der Mehrzweckhalle bewirtet und ich denke, dass es hier ein Versuch ist. Wir müssen herausfinden, welches die beste Lösung ist. Wir wissen genau, dass auf der Schützenmattstrasse hin und her gelaufen wird, dann haben wir noch einen Metzplatz und dann gibt es noch andere Restaurants in der Stadt. Wer nimmt all die Becher entgegen – ich denke wirklich, dass es sich hier um einen Versuch handelt. Wir probieren unsere Ideen umzusetzen, aber für mich ist es ganz klar, dass wir in die Richtung gehen in welche wir wollen.

Antrag:

Dem Einwohnerrat wird gestützt auf §29 Abs.3 der Gemeindeordnung beantragt, diesen Bericht gutzuheissen.

Abstimmung

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

9 Motion CVP (Die Mitte) Grüne, EVP, SP, FDP, GLP; Verzicht auf Bodenversiegelung; Bericht des Stadtrats

Adrian Höhn (GLP): Aus unserer Sicht macht es sich der Stadtrat mit dem Fazit ein bisschen einfach. Die gesetzten Anforderungen sind diesbezüglich zu large. Wenn man die im letzten Jahr neu erstellten Hitze-Hotspots in Lenzburg anschaut. Der gezeigte Kartenausschnitt zeigt es klar. Wenn auf einem Platz, wie der beim Schulhaus Angelrain eine nicht genügend dicke Humusschicht vorherrscht und so eine natürliche Beschattung mit Bäumen nicht in Frage kommt, dann führt das automatisch zu einem Hitze-Hotspot. Da bringt es nichts, wenn man anschliessend einen Kiesbelag auffüllt, das ist einfach schon in der Planung falsch gelaufen. Ein solcher Platz muss man entweder von Anfang an richtig mit einem Schattenkonzept versehen oder man wird automatisch einen Hitze-Hotspot ernten. Noch schlimmer ist es, wenn die ganze Fläche dann auch noch versiegelt ist. Der Markus-Roth-Platz lässt grüssen. Dort will sich heutzutage im Hochsommer niemand aufhalten. Auch hat ein kleiner Baum sicher nicht die gleiche Wirkung wie eine stattliche Eiche, das sieht man in der Schützenmatt, wo die Bäume noch nicht so gross sind. Daher ist ein frühes Pflanzen zur Beschattung an solchen Hotspots umso wichtiger. Lassen wir es also angehen, und pflanzen möglichst überall dort, wo heute Hotspots sind diese Bäume. Die Früchte der Arbeit werden wir aber erst in ein paar Jahrzehnten ernten können. Im Übrigen ist in der neuen BNO folgendes geregelt. Mit dem Baugesuch ist ein Umgebungsplan einzureichen, welcher folgenden Zielsetzungen nachkommt, "auf das notwendige beschränkte Bodenversiegelung, namentlich durch Parkfelder, Wege und Plätze". Diese Formulierung lässt dem Bauamt doch einiges an Spielraum und es ist aus unserer Sicht also notwendig, dass man es in der Praxis genau anschaut und beobachtet, wie es sich entwickelt. Insbesondere die Auslegung des Begriffs

"notwendig". Zudem sind wir mit den vorgeschlagenen Lösungen der Kompensationsmassnahmen nur mässig glücklich. Prävention wäre aus unserer Sicht die bessere Herangehensweise und definitiv auch die günstigere. Dazu braucht es aber bei der Hitzeentwicklung in den Siedlungen auch das nötige Gewicht bei der Planung und nicht nur die betrieblichen und technischen Anforderungen von der jeweiligen Nutzung. Die Aspekte der Hitzeentwicklung dürfte in naher Zukunft wichtiger werden als die Schneeräumung. Wir hätten uns also ein mutigeres Vorgehen vom Stadtrat gewünscht und können aus Sicht der GLP die Beantwortung so eigentlich nicht gutheissen.

Christina Bachmann-Roth (Die Mitte): Ich schliesse mich diesem an. Auch Die Mitte-Fraktion wird diesen Bericht so nicht gutheissen. Zum Punkt der Entsiegelung: Das genannte Beispiel, es ist ein Schulhaus, welches ein Hitzepool ist. Es ist ein Schulhaus und nur schon das sollte uns sehr stören. Das darf kein Hitzepool sein. Und dann dies als Beispiel zu nehmen, warum eine Entsiegelung nicht funktioniert, ist falsch. Es ist eigentlich ein Beispiel dafür, was eine schlechte Entsiegelung ist. Auf dem Angelrain Schulhaus hat man den Platz einfach mit Kies bedeckt, wie dies schon erwähnt wurde. Obwohl darunter keine Tiefgarage, keine Halle und keine Garage ist. Man könnte also anders entsiegeln. Man müsste dies einfach machen. Das ist sehr aufwendig und das ist uns auch bewusst. Es ist ein Beispiel für eine schlechte Begrünung, man sollte dort beschatten. Das ist also nicht ein Beispiel, dass die Entsiegelung gegen Hitzepools nicht funktioniert. Definitiv helfen Entsiegelungen und Begrünungen gegen Hitzepools und definitiv müsste man das bei diesem Schulhaus machen. Zum Zweiten finden wir es schade, dass die Prüfung der Entsiegelung in diesem Bericht nur so wenig Raum einnimmt, weil es Plätze gibt, welche man entsiegeln sollte und könnte. Ich denke da an den Markus-Roth-Platz und an den Kronenplatz. Es ist noch nicht getan, muss aber gemacht werden. Wir möchten das gerne in diesem Bericht mehr sehen, dass es auch gemacht wird. Die Berichterstattung im Einwohnerrat muss nicht lang sein aber wir wünschen uns, dass wir eine Berichterstattung haben im Einwohnerrat über die Vorlagen und selbstverständlich auch über die Entsiegelungs-Projekte, welche stattfinden. Und bei Vorlagen auch welche Alternativen man geprüft hat, damit solche Sachen wie im Angelrain-Schulhaus nicht wieder passieren. So möchten wir das gerne im Einwohnerrat haben und bitten euch diesen Bericht so nicht gutzuheissen und an den Stadtrat zurückzuweisen.

Antrag:

Dem Einwohnerrat wird gestützt auf §28 Abs.2 der Gemeindeordnung beantragt, diesen Bericht gutzuheissen.

Abstimmung

Der Bericht wird mit 19 JA-Stimmen zu 9 NEIN – Stimmen gutgeheissen.

Einwohnerratspräsident Remo Keller: Noch zum Verständnis für alle: Das Postulat welches als 10. Traktandiert ist „Postulat GLP; Lenzburg CO₂ neutral bis 2030“ und das Postulat welches heute als Traktandum 11 auf der Liste steht „Postulat FDP, SVP, EVP, Die Mitte; Prüfung zielführende Massnahmen zur Lenzburger Klimaneutralität“ sind beide vor der Sitzung schriftlich zurückgezogen worden. Was heisst, dass sich eine Debatte über diese beiden Traktanden erübrigt. Stattdessen haben wir das dringliche Postulat von der FDP, GLP, Die Mitte, EVP und SVP bezüglich zielführenden Massnahmen zur Lenzburger Klimaneutralität. Die Begründung, welche heute an euch ausgeteilt wurde ist noch handschriftlich ergänzt worden. Die Essenz daraus ist, dass der ganze Text noch ausführlicher ist, aber leider nicht ausgedruckt. Darum konnten wir ihn nicht kopieren. Ich denke, es ist so für alle verständlich warum wir dies stattdessen behandeln. Es geht nun im ersten Schritt um die Frage, ob das Postulat tatsächlich als dringlich erklärt wird. Wenn dies der Fall ist, werden wir heute darüber befinden und es materiell behandeln. Wir würden jetzt also in einer ersten Phase rein über die Frage "ist es dringlich und macht es Sinn, dass wir es heute behandeln" befinden. Wenn wir hier zugestimmt haben und zum Schluss gekommen sind, dass es dringlich ist, erst dann werden wir materiell einsteigen.

Christoph Nyfeler (FDP): Wir haben an der letzten Sitzung vom Stadtammann Daniel Mosimann eine Aufgabe bekommen. Aus zwei mach eins, das haben wir also so gemacht, nämlich aus zwei Postulaten haben wir eines gemacht. Warum ist das jetzt dringlich. Wir hatten zwei Varianten. Entweder wir stellen bei einem der Postulate einen Änderungsantrag, modellieren die Worte um, was aber kompliziert gewesen wäre. Der Grund warum wir es heute als dringlich erklären ist eine Formsache, weil dies der richtige Weg ist um die alten zwei Postulate mit dem Neuen zu ersetzen.

Abstimmung

Der Dringlichkeitsfrage wurde mit 30 JA-Stimmen ohne Gegenstimme zugestimmt.

10 Dringliches Postulat Prüfung zielführende Massnahmen zur Lenzburger Klimaneutralität

Christoph Nyfeler (FDP): Aus zwei mach eins, wir stehen aber trotzdem zu zweit hier vorne. Wir versuchten, die Essenz von beiden Postulaten in einem Postulat zu vereinen und haben auch mit der Unterstützung von Christoph Hofstetter versucht, es korrekt zu formulieren. Respektiv haben wir es hoffentlich korrekt formuliert, wie das gemäss der Gemeindeverordnung stattfinden sollte. Barbara Portmann hat vorhin erwähnt, dass der Stadtrat die Klimaziele bereits in den Legislaturzielen bis ins Jahr 2040 aufgenommen hat. Sie hat aber auch erwähnt, dass es Sinn macht, wenn die parlamentarische Ebene den Stadtrat zusätzlich legitimiert oder mit diesem Postulat zusätzlich unterstützt. Darum ist es sinnvoll, dass wir daran festhalten. Es ist ein klares Zeichen, dass eben nicht nur der Stadtrat in die richtige Richtung gehen will, sondern auch das Lenzburger Parlament.

Adrian Höhn (GLP): Wie schon in der letzten Rede ausgeführt, haben wir eine relativ gute Grundlage mit der Energiestadt-Zertifizierung, wo wir schon ganz viele Massnahmen kennen. Fertig umgesetzt sind aber erst ganz wenige davon. Deshalb sind wir weiterhin der Überzeugung, dass die Stadt als erstes die bereits bekannten Massnahmen zügig angehen muss. Das kann logischerweise auch in ein erweitertes Konzept einfließen, wie es in den Legislaturzielen vorgeschlagen ist. Es ist uns wichtig, dass die Kompensationen, welche es allenfalls gibt, lokal und zur Verbesserung der Klimabilanz eingesetzt werden. Dass es nicht eine Kompensation mit irgendeinem kleinen Zertifikat von Hinterpakistan gibt, sondern dass hier vor Ort eine Verbesserung erreicht wird. Um das zu unterstützen, reichen wir das Postulat als zusammengeführte Version nochmals ein und wollen somit auch den Stadtrat in seinem Bestreben unterstützen. Wir finden es sehr positiv, dass er sich dies als Legislaturziel gesetzt hat. Ich hoffe ihr könnt hier zustimmen.

Thomas Schär (SP): Wir haben in der Fraktion relativ lange über dieses Postulat diskutiert und haben uns natürlich auch gefragt, was wir vom Stadtrat über die Legislaturziele hören werden und, ob es dieses Postulat noch braucht. In unserer Brust schlagen zwei Herzen. Auf der einen Seite hätten wir es sehr gerne, wenn der Stadtrat Ressourcen für die Umsetzung der Massnahmen einsetzen könnte, ohne es noch einmal prüfen zu müssen und er die Arbeit im Hintergrund machen kann. Andererseits, es wurde von den Vorrednern erwähnt, kann das Postulat auch eine Unterstützung für den Stadtrat sein, wie es eingangs erwähnt wurde, wo uns die Legislaturziele vorgestellt wurden. In unserer Fraktion geht es quer durch. Über Unterstützung, Ablehnung und Enthaltung. Dies hängt aber mehr zusammen, dass wir es fragwürdig finden,

wie hier grundsätzlich vorgegangen wird. Inhaltlich haben wir nichts auszusetzen. Dies ist auch in den Legislaturzielen gut abgebildet und gut für die Stadt geplant. Von daher, inhaltliche Unterstützung. Das Vorgehen und jetzt auch diese Dringlichkeitserklärung. Die Dringlichkeitserklärung macht vor allem Sinn, dass wir darüber diskutieren und es abhaken können. Die Problematik steht schon sehr lange im Raum, das erste GLP-Postulat dazu ist im Oktober eingereicht worden. Wieso man dies nun also dringlich werden lassen musste, kann man sich durchaus fragen. Aber wie gesagt. Von uns gibt es gewisse Unterstützung und gewisse Enthaltungen. Aber diese Gegenstimmen oder Enthaltungen haben nichts mit dem Inhalt zu tun, sondern mehr mit der Art und Weise wie man bei dieser ganzen Geschichte hier vorgegangen ist.

Lukas Häusler (Grüne): Wir von den Grünen sind auch nicht auf diesem Postulat vermerkt. Die Idee vom Postulat und dass man erkannt hat, dass das Bekämpfen des Klimawandels etwas Wichtiges ist, unterstützen wir. Ich glaube auch, dass wir hier geschlossen JA stimmen werden.

Antrag:

Postulat von der FDP, GLP, EVP, Die Mitte und SVP «Dringliches Postulat, Prüfung zielführende Massnahmen zur Lenzburger Klimaneutralität»

Abstimmung

Das Postulat wurde mit 30 JA-Stimmen ohne Gegenstimme überwiesen.

12 Postulat Grüne, GLP, SP, Klimagruppe Lenzburg; Strategie zur Verhinderung des Klimanotstands; Überweisung

Anna-Lena Draths (Grüne): Wir als Grüne unterstützen natürlich jeden Vorstoss, welcher in Richtung Klimaschutz geht. Unsere Meinung ist, dass das eine Postulat heute Abend, das andere nicht ausschliesst. Trotzdem noch ein paar Punkte zu diesem Postulat. Wir haben als Stadt eine Verantwortung. Es ist uns bewusst, dass wir die Klimakrise allein nicht bewältigen können, aber wir müssen unseren Teil leisten. Und auch schon jetzt. Je länger wir warten, je teurer wird es. Es heisst nicht, was auch wichtig ist, dass mit der Annahme vom

Postulat die Vorschläge, welche ausgearbeitet worden sind, auch umgesetzt werden müssen. Aber sie geben eine Orientierung. Und um auch dieses noch einmal in den Raum zu stellen, die Vorschläge beruhen alle auf dem Climate Action Plan, IPCC oder aus anderen wissenschaftlichen Berichten. Auch wenn wir alle Vorschläge umsetzen würden, sind wir trotzdem noch nicht so weit, dass wir unseren Teil zur Einhaltung vom 1,5 Grad-Ziel beitragen, was wir eigentlich müssten. Wir haben noch 8 Jahre bis das Jahr 2030 hier ist, welches eigentlich das grobe Ziel war. Wir haben jetzt keine Zeit mehr, um jetzt anfangen zu überlegen, was wir alles machen könnten. Es sind Vorschläge ausgearbeitet worden, Adrian hat es vorher auch schon erwähnt. Es gibt Vorschläge, aber wir müssen diese einfach umsetzen. Das Postulat ist sehr konkret. Es hat konkrete, wissenschaftlich belegte, umsetzbare Vorschläge. Aber es geht vor allem auch darum, dass man zeitgemässe Rahmenbedingungen schafft. Die Klimakrise sollte die Richtlinie sein, Ausnahmen sind aber möglich. Es muss, wie bei der Dammweg-Diskussion, im konkreten Fall auch immer Sinn machen. Aber wir müssen den Focus richtig legen, und dies wird mit diesem Postulat gefordert. Ausserdem geht es um die Informationsverbreitung. Menschen, welche nicht wie wir täglich oder sicher häufig mit diesem Thema konfrontiert werden, müssen informiert werden und müssen mitziehen. Uns ist bewusst, dass die meisten Fraktionen schon festgelegt haben, wie sie abstimmen werden. Ich bitte euch aber trotzdem nochmals zu überlegen, um was es in diesem Postulat genau geht und was gefordert wird. Es geht bei der Bewältigung der Klimakrise nicht um die Parteizugehörigkeit und welcher Vorstoss von wo kommt, sondern wir müssen jetzt zusammen anfangen, konkrete Massnahmen umzusetzen. Mit diesem Postulat sparen wir Geld, Ressourcen und vor allem, und das ist am wichtigsten, Zeit.

Marcel Strebel (FDP): Wir haben es an der letzten Ratssitzung schon gehört, und auch heute wieder. Es wird von Vorschlägen gesprochen. Als wir aber an der letzten Sitzung das Postulat bekommen haben, und auch jetzt mit der Einladung, waren diese Vorschläge nicht dabei. Es war lediglich das Postulat im Couvert, die Vorschläge sind auf der Stadthomepage veröffentlicht worden. Wir hatten dies nicht in unseren Unterlagen, wurde nicht per Post verschickt. Das finde ich schade. Als ich es an der letzten Sitzung gelesen habe, bin ich ein wenig erschrocken. Weil der erste Gedanke den ich hatte war, dass ich ein Manifest lese. Als wir dann ein wenig weiter geforscht haben, musste ich feststellen, dass es wirklich ein Manifest ist. Ich weiss nicht, ob es euch allen hier bewusst ist, es ist nämlich ziemlich stark abgeleitet von "Strike for Future". Und die erwähnte Klimagruppe ist ja auch nichts anderes als ein Ableger von "Strike for Future". Und wenn ich nur diese Seite lese, und ich bleibe nun bei dieser einen Seite, dann geht es eben nicht nur um Vorschläge, denn es wird geschrieben, dass sich der Stadtrat verpflichten muss. Und es werden Forderungen gestellt, welche ich aus liberaler Sicht so nicht unterstützen kann. Wie stellen sich die Postulanten vor, wie der Stadtrat ohne Regulierungen und ohne Verbote beispielsweise folgendes umsetzen soll. Ich zitiere. "Die Bevölkerung der Stadt Lenzburg in ihrer Gesamtheit muss so schnell als

möglich dazu gebracht werden nachzuziehen". Dies ist nur mit massivsten Regulierungen und massivsten Verboten möglich. Das artet aus in Bürokratie und administrativem Mehraufwand. Und sie erlauben mir ein ganz spitzfindiges Beispiel zu geben. Wenn wir diesem nachkommen wollen, heisst das, dass sich der Jugendfest-Präsident und der Jugendfest-Ehrenpräsident, zukünftig bei den Einladungen ganz genau überlegen müssen, wer überhaupt als Gast noch eingeladen werden kann. Weil, es sind nur die von Lenzburg und von Staufen, welche zu Fuss kommen können, allen anderen wird dies durch das Postulat eigentlich unterbunden. Ich könnte Ihnen noch weitere, solche spitzfindigen Beispiele geben, ich verzichte darauf. Sie hören es, aus liberaler Sicht kann das nicht getragen werden. Die FDP lehnt die Überweisung von diesem Postulat nicht nur einstimmig, sondern entschlossen ab.

Christina Bachmann-Roth (Die Mitte): Das Postulat zur Strategie zur Verhinderung vom Klimanotstand ist ein Grundsatzpapier, welches es sehr zu würdigen gilt. Ich teile die Einschätzung der Lage und wir sind ebenfalls überzeugt, dass die Klimapolitik die grösste Herausforderung für uns Menschen, auch für uns in Lenzburg ist. Wir sind verantwortlich, dass wir die richtigen Massnahmen treffen. Die Zeit ist knapp und rennt uns davon. Von da her ist es mir wichtig, dass wir es sehen und als Priorität anerkennen. Trotzdem lehnen wir als Fraktionsgemeinschaft von Die Mitte und der EVP, das Postulat, so wie es hier vorliegt, ab. Aber vielleicht nicht aus den gleichen Gründen, wie es die Liberalen tun. Sondern, weil das Ziel, welches hier gesetzt worden ist, nicht erreichbar ist. Es geht um eine globale Klimaerwärmung von 1,5 Grad. Das ist kein Ziel, welches wir messen können. Es ist auch kein Ziel, welches wir als Stadtrat oder als Einwohnerrat verfolgen können. Wir können es nicht rapportieren und nicht zeigen was geht und was nicht und somit ist es am Schluss vielleicht ein Papiertiger. Ebenfalls erhöhen wir mit dem Postulat, aus unserer Sicht, den Druck zu stark auf die Bevölkerung. Es braucht Sensibilisierung und es braucht Anreize. Vielleicht an gewissen Orten auch Strafen. Aber dies mit gezielten Massnahmen und nicht mit dem generellen Druck, welches ich aus diesem Postulat heraus spüre. Es soll nicht sein, dass man fast Angst vom Kinder bekommen hat, weil es dem Klima schadet und dass man dann in Lenzburg abgestempelt wird. Wir wollen auch keine Bevormundung der Menschen. Auch das kann innovative Ansätze unterbinden und nur noch von Befehlen abhängig machen, welche man empfängt und ausführt. Der dritte Punkt ist, dass die Entscheidungen vom Stadtrat komplex sind. Wenn man dort immer und über alles das Klima setzt, haben wir vielleicht ein Versorgungsproblem, welches wir bei aktuell anderen Krisen haben. Hier kann es zu anderen, menschlichen Nöten und Lebensumständen kommen. Wir haben es am Dammweg gesehen. Es scheiden sich die Geister und darum ist es zu einfach, wenn man das einfach so annimmt und über alles hinwegsetzt. Viertens wünsche ich mir eine andere Art zu kämpfen. Ich wünsche mir eine hoffnungsvolle Art zu kämpfen beim Klimawandel. Auch wenn wir schon spät dran sind. Ich wünsche mir eine Art, wo es Jung und Alt zusammen machen. Und ich finde es schön, wie es Anna-Lena vorher gesagt hat, dass man dies

zusammen macht, mit gemeinsamen Vorschlägen und wo es nötig ist, auch kleine Massnahmen umsetzt. Dann glaube ich, können wir es auch schaffen. Ich bin froh über die Legislaturziele und ich glaube das genügt, zusammen mit dem Postulat, welches wir sonst noch überwiesen haben. Lasst uns dies nun auch konkret tun. Bei jeder noch so kleinen Vorlage, mit welcher wir es hier zu tun haben.

Regula Züger (Grüne): Ich bin heute schon zum x-ten Mal hier vorne, und ich will nicht lange machen. Aber wenn so falsche Aussagen in den Raum gestellt werden, dann muss ich einfach reagieren. Denn so geht es natürlich nicht. Wenn man diese Dokumente nicht gelesen hat und dann irgendwelche Vermutungen anstellt. Es sind jetzt mehrere Sachen erwähnt worden, welche einfach schlicht falsch sind und nicht stimmen. Man hat nie jemand gezwungen oder von Strafen gesprochen. Dies ist nirgends erschienen. Dass man unsoziale Sachen fordert, die Leute nicht mitgenommen werden, wo Jung und Alt nicht mitkommen, ist schlicht und einfach falsch. Diese Sachen stehen nirgends in diesem Papier. Wer dahintersteht ist immer ganz klar kommuniziert worden. Das ist ein Manifest und wir sagen das natürlich seit Jahren. Uns ist auch klar, dass die Meinungen schon gemacht sind, aber wir müssen es hier einfach nochmals sagen. Wir haben keine Zeit und wir haben das Postulat vorher unterstützt, obwohl wir finden, dass dies ein Papiertiger ist. Denn das was dort steht, macht der Stadtrat eh schon. Und wir möchten nicht, dass noch einmal ein Bericht mehr gemacht wird. Die Berichte werden schon für die Energiekommission, für die Energiestadt geschrieben. Wir müssen nicht noch mehr Berichte schreiben. Bei unserem Postulat geht es genau darum, dass man nicht noch mehr Berichte schreibt, sondern dass man die Sachen, die man schon weiss, jetzt umsetzt. Es gibt schon so vieles, welches schon x-fach erarbeitet wurde und nun sofort umgesetzt werden kann. Dies haben wir in vielen Seiten, für welche die es nicht gelesen haben, angefügt. Das sind die Vorschläge, welche wir bereits erarbeitet haben, sodass wir jetzt nicht wieder 3 bis 4 Jahre mit Abklärungen Zeit verlieren. Darum haben wir es noch einmal eingereicht. Und wir haben das andere akzeptiert, wir haben es unterstützt als Zeichen, dass man etwas machen muss. Aber effektiv ist das was wir vorher überwiesen haben, ein Papiertiger. Denn das macht diese Stadt eh schon. Dort stand nichts, was ein zusätzlicher Schritt wäre. Gar nichts. Das war ein Papiertiger und wir haben ihn trotzdem unterstützt, weil es ein Zeichen ist. Aber unser Postulat hat einfach ein Rezeptbuch. Wie Betty Bossi, wo man sich darin bedienen kann, etwas das Morgen umgesetzt werden kann. Und deshalb reichen wir es trotzdem ein, und vielleicht kann der eine oder andere seine Meinung noch ändern.

Überweisung: Postulat Grüne, GLP, SP, Klimagruppe Lenzburg; Strategie zur Verhinderung des Klimanotstands

Abstimmung

Mit 15 JA-Stimmen und 20 NEIN-Stimmen wird das Postulat nicht überwiesen.

13 Anfrage der SVP; Entschädigungen aus Tätigkeiten im Zusammenhang mit dem Stadtratsamt; Beantwortung Entschädigung

Brigitte Vogel (SVP): Wir danken dem Stadtrat für die Beantwortung der Fragen. Wir von der SVP sind immer für Transparenz gewesen, auch bei den Löhnen wo wir am 21. März 2021 darüber entschieden haben. Den Einsatz von Mitarbeitenden der Verwaltung in die verschiedenen Verwaltungsräte zu delegieren, schauen wir zwar eher kritisch an und wir betrachten es eigentlich als wichtige Aufgabe, dass der Stadtrat in diesen verschiedenen Gremien Einsitz nimmt. Insbesondere auch bei der SWL im Verwaltungsrat. Wir werden in der nächsten Zeit aufmerksam beobachten, dass die Tätigkeiten und Mandate inklusive Präsidien weiter ausgeübt werden und es keine Reduktion gibt. Dann, wie es in der Antwort auch steht, ist der Durchschnitt der vergangenen Jahre ca. Fr. 100'000. Zählt man jetzt diese Beträge zusammen, welche wir in der Beantwortung bekommen haben, dann kommt man auf gut Fr. 80'000. Die Frage ist also wo der Rest bleibt. Darum sind wir nur zum Teil mit der Beantwortung zufrieden.

14 Anfrage der FDP; Raumkapazität Oberstufenzentrum Lenzhard; Beantwortung

Corinne Horisberger (FDP): Vielen Dank für die zeitnahe Antwort unserer Anfrage. Wir sind grundsätzlich sehr beruhigt, dass der Stadtrat die Dringlichkeit und die Notwendigkeit im Zusammenhang mit der knappen Raumkapazität im Oberstufenzentrum auf dem Radar hat. Unserer Fraktion sind eine gute Schulinfrastruktur und eine gute Qualität für die Lehrer wichtig. Gerne werden wir uns weiterhin für einen starken Bildungsstandort Lenzburg einsetzen. Wir erwarten gespannt die Ergebnisse der Arbeitsgruppe. Entwickeln wir jetzt

gemeinsam den Schulstandort aktiv, mit visionärem denken und planen, sodass wir am Schluss nicht notfallmässig "pflästeren" müssen.

15 Umfrage

Kunststoffplakate

Daniel Blaser (Die Mitte): Ich habe nur noch kurz eine Frage an den Stadtrat. Und zwar geht es um die Beantwortung des Postulats Einwegprodukte. Da steht: Der Stadtrat regt die Parteien an, bei Wahlen auf diese Kunststoffplakate zu verzichten und dafür Karton zu benutzen. Hat der Stadtrat abgeklärt, ob das besser ist, oder ist es einfach eine Grundsatz-Empfehlung. Denn wir haben einmal mit Karton gearbeitet. Karton ist eigentlich teurer und ich denke, dass der Drucker lieber den Karton verkauft hätte, weil er dort mehr verdient hätte. Er hat aber klar gesagt, dass es keinen Unterschied macht. Also weil wir uns selbst schon die Frage gestellt haben nimmt es mich Wunder, ob der Stadtrat das vorher abgeklärt hat.

Daniel Mosimann (Stadtammann): Wir haben das nicht in aller Tiefe abgeklärt. Wir sind aber davon ausgegangen, da diese nicht mehr verwertet werden, diese einfach wegnimmt und dann wegwirft. Es geht mehr um eine Sensibilisierung. Gibt es eventuell andere Möglichkeiten, welche die praktischen, ich gebe es zu, Plastikplakate ersetzen.

Lehrpersonalmangel und Integration von ukrainischen Flüchtlingen in die Schule

Christina Bachmann Roth (Die Mitte): Der Lehrpersonalmangel ist sehr akut im ganzen Kanton Aargau und auch in Lenzburg prekär. An der Primarschule fehlt jetzt noch eine Klassen- und Fachlehrperson. In der Oberstufe ist jetzt, kurz vor dem neuen Schuljahr, ebenfalls ein Mangel spürbar. Die Probleme sind bekannt. Verschiedene Stellen arbeiten auch hart daran, aber das genügt noch nicht. Es gibt verschiedene Gründe. Schulraumplanung ist das eine, andere Gründe sind vielleicht bei den Arbeitsbedingungen der Lehrpersonen, vielleicht auch der Druck von den Eltern auf die Lehrpersonen, die Covidkrise, steigende Anforderungen und steigende Komplexität, zu suchen. Und jetzt mit dem Ukrainekrieg nochmals eine Krise, welche die Schule auch auf eine Art betrifft. Darum bitte ich um die Beantwortung der Fragen. Wir haben das schon abgesprochen, dass es allenfalls nicht heute der Fall sein wird, sondern gerne

auch später. Wie werden die Kinder von den ukrainischen Flüchtlingen, welche in der Stadt Lenzburg beherbergt werden, in die Schule integriert. Wie stellen wir sicher, dass die Lehrpersonen nicht unnötig noch stärker belastet werden. Und besteht die Möglichkeit, die Integrationsarbeit auf verschiedene Schultern zu verteilen. Was kann Lenzburg zusätzlich machen, um unseren Lehrpersonen attraktive Stellen anbieten zu können. Wie können wir die Wünsche und die Bedürfnisse von den Eltern abholen, ohne den Druck auf die Lehrpersonen zu erhöhen. Und inwiefern ist der Trend zum Homeschooling eine Belastung oder eine Chance für die Schule in Lenzburg.

Barbara Portmann-Müller (Stadträtin): Ich würde heute einfach die erste Frage beantworten, die anderen gerne mit mehr Zeit und mit Rücksprache mit der Schulleitung. Betreffend der ukrainischen Kinder: Da hat vor einer Woche eine Schulklasse gestartet. Das Konzept im Moment sieht vor, unter viel Improvisation, wie das bei diesem Thema gar nicht anders geht, dass diese Kinder zurzeit separat, altersdurchmischt beschult werden. Mit Ausnahme der Kindergartenkinder. Es hat Kindergartenkinder, welche bereits in der Regelklasse eingeschult werden, andere werden im Moment intensiv mit Deutsch-Kursen beschult. Das findet im Mühlemattschulhaus statt. Der Versuch ist angedacht, so wie er jetzt ist, bis nach den Sommerferien. Man wird in dieser Zeit sehen, wo die Kinder stehen, wie es mit dem Deutsch geht, welche man nach den Sommerferien in die Regelklasse integrieren kann, und wo man noch eine separative Form weiterführen muss. Wir wissen schlicht nicht, wie viele hier noch kommen. Selbstverständlich verschärft sich die Situation für die Lehrpersonen. Wir haben aber das Glück, dass wir Leute gefunden haben. Wie ich gehört habe, funktioniert es sehr gut, wie es gestartet ist. Aber das Hotel Lenzburg ist noch nicht bezogen, der grosse Schub an Kindern wird erst folgen.

Ruby Häusermann (FDP): Wir starten am Oberstufenzentrum Lenzhard, ich bin dort ja direkt involviert, weil ich Lehrperson vor Ort bin. Wir haben am Montagnachmittag den ersten ukrainischen Flüchtling, welche direkt in der Klasse startet. Wir vom Oberstufenzentrum sind sehr offen für die Integration und fördern die Kinder, damit sie möglichst schnell zu uns in die Klassen kommen können. Und nicht immer separiert werden. Natürlich braucht es separierte Settings, um deutsch aufzuholen. Wir haben bei uns auch DAZ, also Deutsch als Zweitsprache, die wir intensiv fördern, aber gleichzeitig auch so, dass wir sie möglichst schnell aufnehmen. Wir werden auch noch ein Projekt lancieren, dass man mit jenen Kindern, welche im gesonderten Setting bleiben, etwas machen kann. Wir möchten ein Partnerangebot machen, wie wir es jetzt schon mit der HPS haben. Die Oberstufenklassen arbeiten mit der HPS zusammen, sodass man zwei bis dreimal im Monat etwas macht. Genauso möchten wir dies auch mit den Flüchtlingen andenken, damit man so separate Settings durchmischen kann.

Petition der Anwohner Wiligraben/Neumattstrasse/Rennweg und Wässermatten betr. Fahrverbot

Manuel Silva (SVP): Ich habe eine Frage an den Stadtrat. Im letzten November haben die Anwohner vom Wiligraben, Neumattstrasse, Rennweg und Wässermatten eine Petition eingereicht. Sie haben bis heute betreffend dem Fahrverbot noch keine Antwort bekommen. Ich bin von diversen Stellen angegangen worden, und so frage ich jetzt direkt. Wann bekommen wir eine Antwort und wie sieht der aktuelle Stand aus?

Daniel Mosimann (Stadtammann): Danke für die Nachfrage. Ich nehme das gerne mit und kläre es ab. Ich kann dir den Stand im Moment nicht sagen.

Ausbau Autobahn A1 auf 6 Spuren

Lukas Häusler (Grüne): Wir von den Grünen möchten vom Stadtrat eine Antwort auf unsere mündliche Anfrage. Es geht hier auch wieder um Asphalt, Klima und Zeit. Wir haben eine Autobahn in Lenzburg, die A1. Diese soll auf 6 Spuren ausgebaut werden. Jetzt liegt ein Projekt vor, welches die ASTRA ausgearbeitet hat und der Stadtrat soll dazu Stellung nehmen. In die Verkehrskommission kommt das Projekt erst in der nächsten Woche. Aber ich würde es trotzdem gut finden, schon jetzt interne Informationen zu haben. Es geht uns um die grundsätzliche Haltung und nicht um die technischen Details. Wir von den Grünen finden das Projekt einfach durchaus fragwürdig, denn erstens scheint uns der Zeitpunkt von diesem Autobahnausbau falsch. Es gibt neue Technologien, neue Verhaltensweisen welche dazu führen können, dass der motorisierte Individualverkehr nicht weiter anwächst oder vielleicht sogar zurück geht. Wir haben hier Homeoffice, Mitfahrgelegenheiten, selbstfahrende Autos, bessere ÖV-Verbindungen, Cargo Sous Terrain usw. Ein weiterer Punkt ist, dass wir vermuten, dass mit der Attraktivitätssteigerung der A1, wenn sie auf 6 Spuren ausgebaut ist, es eine zusätzliche Sogwirkung gibt. Weil das eine attraktive Verbindung nach Ost und West ist. Es gibt eine zusätzliche Sogwirkung auf den Autobahnzubringer, was Lenzburg auf verschiedensten Strassen tangieren wird, was für Anwohner wiederum mehr Lärm und schlechtere Luft bedeuten wird. Zudem werden die Quartiere weiter abgewertet. In der aktuellen Situation, wo eigentlich fast alles darangesetzt werden sollte, dass wir den Klimawandel bremsen können, führt dieser Ausbau mit dem Mehrverkehr zu zusätzlichem CO₂ Ausstoss und Energiebedarf, wenn man Elektroautos nimmt. Wir haben x-Hektaren von Wald und Kulturland, welches dauerhaft versiegelt wird. Uns erscheint das ein ziemlicher Anachronismus. Wir möchten vom Stadtrat wissen, was für eine grundsätzliche Haltung er hat. Und falls er keine fundamentale Opposition dem Projekt entgegenbringt, was sind die wichtigsten Punkte, um dem Anwohner und den Einwohnern von Lenzburg das Leben nicht allzu fest zu erschweren.

Daniel Mosimann (Stadtammann): Danke vielmal für die Vorausankündigung dieser Anfrage. Es ist ein Bundesprojekt, welches das ASTRA auf Grund vom

strategischen Entwicklungsprogramm Nationalstrassen (STEP) entwickelt. Das kennen wir auch von der Bahn (STEP 2035) und so gibt es auch bei den Nationalstrassen ein STEP-Programm, welches diese Sachen erarbeitet. Finanziert wird alles über den Nationalstrassen und Agglomeration-Verkehrsfond, welches wir seit dem 1. Januar 2018 so in Betrieb nehmen konnten. Im Jahre 2017 hat man darüber abgestimmt. Die eidgenössischen Räte geben auf Antrag vom Bundesrat die Verpflichtungskredite für die Realisierung solcher Projekte frei. Einfach, dass man einordnen kann, wo wir im Moment stehen. Die Projektierungsverfahren für Ausbauten von Nationalstrassen passieren in vier Phasen. Wir sind jetzt in der ersten Phase, wo für das generelle Projekt die Eckwerte wie Linienführung, Gestaltung der Anschlüsse, Kreuzungen mit anderen Bauwerken, Kosten-Nutzenanalyse usw. festgelegt werden. Es gibt auch einen Umwelt Verträglichkeitsbericht. In dieser ersten Phase jetzt, wo das ASTRA nach aussen geht, können die betroffenen Kantone an einer Anhörung teilnehmen. Die Kantone können auch betroffene Gemeinden für diese Anhörung einladen. Und das ist jetzt in diesem Fall passiert. Als zweites käme dann das Ausführungsprojekt, als drittes dann das Auflage- und Plan-genehmigungsverfahren, bevor es an die Umsetzung geht. Ende April hat es eine Info-Veranstaltung gegeben, alle Unterlagen sind zurzeit bei der Abteilung Tiefbau. Die Verkehrskommission wird am Montag informiert. Der Stadtrat hat sich bis jetzt mit diesem Geschäft noch nicht auseinandergesetzt. Es ist ein vielschichtiges Gesamtprojekt. Zum einen sind es die Kapazitätserweiterungen auf der A1, zum anderen gilt es zu beurteilen, welche Auswirkungen die Anschlussbauten Aarau-Ost, Ruppertswil und die Entflechtung, welche dort passieren soll, auf die Stadt und den Verkehrsfluss hier in der Region hat. Zu diesem generellen Projekt können wir Stellung nehmen. Wir werden sicher den Focus auf die Auswirkungen auf die Stadt legen. Und wenn ich die Stadt meine, dann betrifft das sicher unser Strassennetz, welches dem A1-Netz untergeordnet ist. Mit welchen Änderungen zu rechnen ist im Zusammenhang mit dem Verkehrsmanagement und dem neu konzipierten Anschluss bei Aarau-Ost. Die Lärmthematik wird sicher auch ein Focus sein, wo wir unser Augenmerk darauflegen werden. Es muss so sein, dass für die Bevölkerung nicht noch mehr Lärm entsteht. Man darf nicht vergessen, dass die Bevölkerung zum Teil schon jetzt leidet, mit der Halbüberdeckung, welche einen gewissen Schall wieder zurückwirft. Auch die Siedlungsgebiete leiden darunter. Wenn dieser Ausbau kommt, müsste es eigentlich ein Ziel sein, dass man dieses Manko beheben kann.

Erweiterungsbau Mühlematt / Ausquartierung Schulklassen

Adrian Höhn (GLP): Wie wir heute dem aktuellen Angelrain-Info entnehmen konnten, wird im Zuge des Erweiterungsbaus Mühlematt eine Ausquartierung von drei Klassen stattfinden. Das logischerweise, weil sie sehr nahe an der Wand sind, welche abgebaut wird. Macht Sinn, damit sie ungestört Schule haben können. Das Einzige was mich erstaunt hat ist, dass sie bereits ab dem Sommer für ein paar Monate ausquartiert werden sollen. Nach meinem

Informationsstand bauen wir im Sommer noch kein Schulhaus. Ist es wirklich zielführend, dass wir diese Klassen bereits im Sommer anfangen auszuquartieren. Oder nicht frühestens in den Herbstferien, wenn dann im besten Fall, das Einwenderverfahren beigelegt ist und begonnen werden kann.

Andreas Schmid (Stadtrat): Es war vorgesehen, dass ich heute Abend sowieso noch darüber informiere, wie der aktuelle Stand ist. Aber ja, wir haben extra die Information an die Eltern vorgängig zu der Einwohnerratssitzung verschickt. Damit die Eltern vor dem Einwohnerrat informiert sind, da diese ja mehr betroffen sind von dieser ganzen Situation. Und jetzt hat dies schon den Weg in den Einwohnerrat gefunden, was ja aber gut ist, wenn wir diese kleinstädtische Struktur haben, sodass dies gut klappt. Zu sagen ist noch, dass Manuel Silva an der ersten Januar-Sitzung diese Anfrage gestellt hat. Ich habe damals zugesichert, dass sobald sich etwas verändert, wir ein Update machen werden. Ich darf darüber informieren, dass über die Einwendung, welche eingegangen ist, Verhandlungen geführt wurden und mit der Einwenderschaft eine Einigung erzielt werden konnte. Die Einwendung wurde zurückgezogen. Was ich an dieser Stelle auch noch sagen kann ist, dass das Bauprojekt, so wie es vorgesehen war, wie es auch durch den ganzen politischen Prozess ging, unverändert umgesetzt wird. Das hat zur Folge, dass wir eine zeitliche Verzögerung auf das Bauprogramm haben. Initial war vorgesehen, dass wir die groben Arbeiten im Sommer machen können. Der Rückzug der Einwendung war in den letzten Tagen und so ist jetzt alles sehr kurzfristig. Es war nicht möglich, bzw. wir hatten keine Planungssicherheit, um die ersten groben Arbeiten auf dem Schulareal zu planen. Es wäre nicht vernünftig gewesen, wenn wir weiter geplant hätten. Die Arbeiten können wir jetzt in die Herbstferien verlegen. Aber wir werden die Arbeiten noch in diesem Jahr haben und es gibt zwei Punkte, welche dazu führen, dass wir diese provisorische Zwischennutzung im Hünenwadelhaus machen. Zum einen, Adrian du hast es schon gesagt, geht es darum, dass wir die Klassen, welche nahe der Baustelle sind, herausnehmen und in einem möglichst ungestörten Umfeld schulen können. Der andere Punkt ist, dass wir diese Verzögerung haben. Wir werden nicht auf das Schuljahr fertig, wahrscheinlich werden wir 3 - 4 Monate später fertig. Also nach dem Schuljahresbeginn. Also hätten wir sowieso in diese provisorische Nutzung gehen müssen und somit haben wir jetzt eine gute Lösung, dass die Klassen im Hünenwadelhaus ungestört Schule haben können. Die Information ist heute an alle Eltern der Primarschule verschickt worden und es wurde auch bereits kommuniziert, welche Klassen für etwas mehr als ein Jahr ins Hünenwadelhaus zur Schule gehen.

Schlusswort

Einwohnerratspräsident Remo Keller: Ich glaube die wenigsten hier im Rat wissen, dass wir etwas fast schon Historisches verpasst haben. Wir sind nämlich am Anfang der Legislatur nicht einfach in eine neue Legislatur gestartet, sondern der Einwohnerrat wird dieses Jahr 50 Jahre alt. Also im Jahre 1972 ist zum ersten Mal eine Legislatur gestartet. Insofern haben wir

heute, wenn ich uns hier alle zusammennehme, richtig entschieden, dass wir uns mit dem Sitzungsgeld ein Geschenk machen. Aber das soll nicht alles sein, sondern das soll auch noch gefeiert werden. Wir haben uns hinter den Kulissen ein paar Gedanken darüber gemacht. Die Einladung folgt in den nächsten Tagen. Aber es sollen sich alle schon einmal den 3. Juli reservieren. Das ist ein Tag, welcher schon reserviert sein müsste. Für die Serenade auf dem Schloss. Wir würden mit unserer Feier um 17:30 Uhr, ein wenig früher starten. Mit einem rund einstündigen Programm, mit Partnerin / Partner auf dem Schloss. Für die GPFK, wobei sie es wahrscheinlich schon wissen, ist dies natürlich ein Budgetposten, welcher nicht budgetiert ist.

Danke allen fürs rege Mitmachen. Die Sitzung ist geschlossen

NAMENS DES EINWOHNERRATS

Der Präsident:

A handwritten signature in blue ink, consisting of stylized, overlapping loops and lines, positioned below the text 'Der Präsident:'.

Die Protokollführerin:

A handwritten signature in blue ink, consisting of stylized, overlapping loops and lines, positioned below the text 'Die Protokollführerin:'.